

Sanktionen gegen Russland – Entwicklungen vom 12-14. März

(Stand: 14.03., 16:00 Uhr)

Inhalt:

- **1. Aktuelle Informationen /Deutschland**
- **2. Termine**
- **3. EU-Sanktionsbeschlüsse**
-
- **4. Russland-Gegensanktionen**
- **5. Sanktionen der USA**
- **6. Sanktionen weiterer Länder**
- **7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)**
- **8. Meldungen zur ukrainischen Wirtschaft**
- **9. Hilfsaktionen**

1. Aktuelle Informationen / Deutschland

BITTE UM BETEILIGUNG!

Ost-Ausschuss-Umfrage

Wir möchten Sie bitten, an unserer Umfrage zu den wirtschaftlichen Folgen der Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine auf ihr Geschäft teilzunehmen. Unter diesem [Link](#) kommen Sie zur Umfrage.

Ihre Antworten helfen uns, ein noch genaueres Bild der Situation zu erhalten und Sie bestmöglich zu unterstützen. Außerdem sind wir in Gesprächen mit den zuständigen staatlichen Stellen, um Hilfen für betroffene Unternehmen zu koordinieren. Bitte formulieren Sie deshalb Ihre Antworten so präzise wie möglich.

Die Ergebnisse der Umfrage stellen wir Ihnen im Anschluss zur Verfügung. Ihre Daten werden vertraulich behandelt, die Ergebnisse anonymisiert und nicht an Dritte weitergegeben.

Bei eventuellen Fragen wenden Sie sich bitte an Jens Böhlmann (j.boehlmann@oa-ev.de) oder Stefan Kägebein (s.kaegebein@oa-ev.de).

OA-Task-Force

Informationen zu unserer **OA-Task Force** und alle bisherigen Sanktions-Updates finden Sie auf unseren Internet-Seiten. [Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Neu haben wir für Sie auch Sammlungen aller bisherigen Sanktionsentwicklungen in der EU, Russland und den USA angelegt. Diese sind hier zu finden:

[OA-Update Sanktionen | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Wir halten die Dokumente dann fortlaufend aktuell.

Sollten Sie allgemeine Fragen zur aktuellen Krisenentwicklung an den Ost-Ausschuss haben oder erstmals mit uns in Kontakt treten, wenden Sie sich bitte an:

Tatjana Pushina, t.pushina@oa-ev.de, Tel: 030-206167128.

Jobangebote für Flüchtlinge aus der Ukraine

Der Ost-Ausschuss hat eine Koordinationsstelle eingerichtet, die dabei hilft, ukrainischen Flüchtlingen in Jobs bei deutschen Unternehmen in ganz Europa zu vermitteln.

Erste Jobangebot finden Sie auf unserer Webseite:

[Jobs \(gu-dp.com\)](http://gu-dp.com)

Sollten Sie sich mit Ihrem Unternehmen hieran beteiligen wollen, wenden Sie sich bitte an:
Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mittelosteuropa im Ost-Ausschuss, Tel: 030-206167 138,
a.stadnicki@oa-ev.de

Ukraine – Analysen

Am Sonntag ist die neue Ausgabe der Ukraine-Analysen erschienen mit einem Schwerpunkt zum russischen Krieg gegen die Ukraine. Die Schriftenreihe wird von führenden deutschen Forschungseinrichtungen erstellt.

[Ukraine-Analysen Nr. 263 | Länder-Analysen \(laender-analysen.de\)](http://laender-analysen.de)

GTAI-Übersicht

Über diese Internet-Seite von Germany Trade&Invest finden Sie die wichtigsten Sanktionsübersichten und Informationen zu wirtschaftlichen Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine:

[Russland-Ukraine-Konflikt \(gtai.de\)](http://gtai.de)

dpa:

Folgen der Sanktionen: Bundesregierung will Unternehmen helfen

Die Bundesregierung plant Hilfen für Unternehmen, die von den westlichen Sanktionen gegen Russland betroffen sind. Aktuell werde an einem Kredit-Hilfsprogramm gearbeitet, um diejenigen Unternehmen, die von den EU-Sanktionen gegen Russland hart getroffen sind, zu unterstützen, hieß es am Freitag aus dem Bundeswirtschaftsministerium. "Dabei schauen wir uns auch den Beihilferahmen der EU genau an. Denn davon hängen viele Fragen ab", sagte eine Sprecherin der Deutschen Presse-Agentur.

Unterdessen wächst in der deutschen Wirtschaft die Sorge vor einem möglichen Importstopp von russischem Gas oder Öl. Mehrere Verbände warnten am Freitag vor Belastungen für Unternehmen und Verbraucher, sollte Deutschland ein Energie-Embargo gegen Russland verhängen.

Die Europäische Kommission hatte am Donnerstag vorgeschlagen, dass von den Folgen des Kriegs gegen die Ukraine betroffenen Unternehmen Darlehen mit besonders günstigen Zinsen oder begrenzt Zuschüsse wegen der derzeit stark angestiegenen Gas- und Strompreise gewährt werden können. So sollen die Folgen der Russland-Sanktionen für Unternehmen in der EU abgemildert werden. Die EU-Länder haben die Möglichkeit, zu dem Vorschlag Stellung zu nehmen.

Das Wirtschaftsministerium prüfe nun die Vorschläge der Brüsseler Behörde für einen neuen Krisen-Beihilferahmen. "Zwar ist es so, dass Sanktionen und Folgen von Sanktionen rechtlich nicht entschädigungspflichtig sind, aber natürlich helfen wir dort, wo Unternehmen wegen der Wirkungen der Sanktionen sonst in die Knie gezwungen wären", sagte die Sprecherin.

Das "Handelsblatt" hatte berichtet, dass die Bundesregierung an neuen Wirtschaftshilfen arbeite. Nach Informationen der Zeitung erwägt die Bundesregierung unter anderem, einen Russland-Schutzschirm aufzubauen, ähnlich wie er für die Corona-Krise eingerichtet wurde. Auch an einem eigenen Schutzschirm für die Energiewirtschaft werde gearbeitet. Final ausgearbeitet seien die Pläne noch nicht, hieß es.

Mit Blick auf bereits spürbare Beeinträchtigungen der deutschen Wirtschaft haben Wirtschaftsverbände derweil vor den Folgen weiterer Sanktionen gegen Russland gewarnt - möglich wäre etwa ein Embargo für Öl oder Gas. "In der deutschen Wirtschaft gibt es eine breite Zustimmung für die harten Sanktionen. Denn Krieg ist keine Basis für Geschäfte", sagte Martin Wansleben, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) der "Rheinischen Post" (Freitag). "Aufgrund konkreter Hinweise aus den Unternehmen wissen wir, dass die Rückwirkungen auf die deutsche Wirtschaft in den kommenden Monaten nicht unterschätzt werden dürfen", sagte Wansleben. "Das gilt nicht nur für weiter steigende Energiepreise, sondern gerade auch für Verwerfungen in den Lieferketten mit großer Breitenwirkung in der Wirtschaft." Immer mehr mittelständische Industriebetriebe könnten sich bei diesen Preisen die Produktion in Deutschland nicht mehr leisten, sagte Wansleben. "Hinzu kommt die Sorge, die eigenen Anlagen wegen Energieengpässen zumindest vorübergehend abschalten zu müssen."

Auch die Metall- und Elektroindustrie zeigte sich besorgt. „Wenn Deutschland sich dazu entschließen sollte, kein Gas oder Öl aus Russland mehr zu importieren, würde sich das dramatisch auf unsere Industrie, aber auch auf die Privathaushalte auswirken“, sagte der Präsident des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall, Stefan Wolf, der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (Freitag). „Die Inflation wäre zweistellig. Die Versorgungssicherheit wäre ernsthaft gefährdet.“

Die Chemie-Industrie verwies auf den immensen Verbrauch von Öl und Gas in der Branche. Sollte es wegen eines Energie-Embargos zu längeren Ausfällen von Anlagen kommen, hätte das massive Folgen für die Wertschöpfungsketten in Deutschland, erklärte der Verband der Chemischen Industrie (VCI) am Freitag in Frankfurt. Etwa 95 Prozent aller Industrieerzeugnisse benötigten Chemieprodukte, vom Auto über Computerchips und Dämmmaterialien bis hin zu Fernsehern, Arzneien sowie Waschmitteln. "Wer die Energie- und Rohstoffversorgung für die chemische Industrie kurzfristig abschaltet, lähmt auch die

gesamte Industrieproduktion am Wirtschaftsstandort Deutschland", sagte Hauptgeschäftsführer Wolfgang Große Entrup der dpa.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) setzt weiter auf Energieimporte aus Russland. In der EU sind die Positionen aber gespalten, wie sich beim Sondergipfel am Donnerstag in Versailles zeigte. Die US-Regierung hat bereits einen Importstopp für russisches Öl verhängt. Befürworter eines Energie-Embargos kritisieren, dass deutsche Energieimporte aus Russland den Ukraine-Krieg letztlich mitfinanzieren. Die Unionsfraktion im Bundestag hatte einen Stopp des Gasbezugs über die Pipeline Nord Stream 1 gefordert.

Nach Angaben des Wirtschaftsministeriums liegt der Anteil russischer Importe an den fossilen Gasimporten nach Deutschland bei rund 55 Prozent, bei Kohle bei rund 50 Prozent und bei Rohöleinfuhren bei rund 35 Prozent. Aktuell ist die Gasversorgung demnach sicher."

Ohne Zweifel muss Deutschland, muss Europa, seine Abhängigkeit von Russland bei der Energieversorgung überwinden", sagte VDA-Präsidentin Hildegard Müller der dpa. Dabei müsse die Regierung aber auch die Konsequenzen für die Menschen und die Wirtschaft sehen und Folgen abwägen. „Ein kurzfristiger Importstopp von Öl, Kohle und insbesondere von Gas, gefährdet eine sichere Energieversorgung und industrielle Produktionsprozesse.“ Die Wettbewerbsfähigkeit, teilweise gar die Existenz einzelner Firmen, stehe auf dem Spiel.

Ifo-Studie

Zu den Auswirkungen eines Energieembargos gegen Russland auf die deutsche Wirtschaft hat das ifo-Institut diese Studie veröffentlicht:

[What if? The Economic Effects for Germany of a Stop of Energy Imports from Russia | Publication | ifo Institute](#)

IPG-Analyse zum Sinn von Energiesanktionen:

[Finanzieren unsere Energieimporte Putins Krieg? Droht Russland der Staatsbankrott? – Wirtschaft und Ökologie | IPG Journal \(ipg-journal.de\)](#)

2. Terminübersicht

AHK Moskau: Gemeinsame Komiteesitzung zu Sanktionsfolgen für deutsche Firmen, 15.03.2022, hybrid / НАПОМИНАНИЕ: Совместное заседание трех комитетов на тему "Последствия санкций для немецких компаний", 15.03.2022, гибридный формат

Christopher Weafer ist einer der führenden Experten für Wirtschafts-, Politik- und Branchenanalysen für Investoren und Unternehmen in Russland und im eurasischen Raum. Auf der gemeinsamen Sitzung der Komitees Mittelstand, Compliance und Lokalisierung spricht der CEO der auf Politikberatung spezialisierten Agentur Macro-Advisory über die **Folgen der Sanktionen und der Ukraine-Krise für deutsche Unternehmen** in Russland.

Nach seiner Keynote tauschen sich die Firmenvertreter über die aktuelle Situation aus. Eingeladen sind alle CEOs und Topmanager von deutschen Unternehmen im Russlandgeschäft.

Die Veranstaltung findet am **15. März 2022 um 10 Uhr Moskauer Zeit (8 Uhr MEZ)** statt - online per Zoom und offline im Moskauer AHK-Büro.

Sie können sich [unter diesem Link](#) anmelden.

Für Vorschläge, Ideen und Rückfragen steht Ihnen KMU-Komitee-Kurator Thorsten Gutmann gerne zur Verfügung: gutmann@russland-ahk.ru

Arbeitssprachen: Englisch, Deutsch, Russisch (mit Synchronübersetzung)

15. März: Online-Briefing des Ost-Ausschuss Arbeitskreises Zentralasien, 9:00 – 10:30 Uhr

Hiermit möchten wir Sie gerne an die Einladung zu unserer virtuellen Sitzung des Arbeitskreises Zentralasien im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft erinnern. Diese Online-Sitzung findet am 15. März 2022 von 09:00 Uhr bis 10:30 Uhr statt.

Aus gegebenem Anlass wollen wir im Rahmen unserer Sitzung den Fokus neben den Januar-Ereignissen in Kasachstan, auch auf die derzeitige Situation in der Ukraine und die möglichen Auswirkungen der Russland-Sanktionen auf Zentralasien legen. Hierzu werden Botschafterin Monika Iwersen und der Delegierte der Deutschen Wirtschaft in Zentralasien Hovsep Voskanyan Impulse liefern.

Das Angebot richtet sich in erster Linie an Mitgliedsunternehmen des Ost-Ausschusses. Bei Interesse melden Sie sich gerne bei Eduard Kinsbruner, E.Kinsbruner@oa-ev.de

**16. März: Online-Briefing zu DECKUNGSPRAXIS IN RUSSLAND UND BELARUS von
08:30 - 09:30 UHR**

Bis auf weiteres findet jeden Mittwoch ein Online-Update über die aktuellen Entwicklungen zu Russland, Belarus und der Ukraine und den Auswirkungen auf die Deckungspraxis statt, mit Experten von Euler Hermes und dem Bundeswirtschaftsministerium. Bei Fragen wenden Sie sich an die Hotline +49 (0)40 / 8834 - 9000 oder per E-Mail an.

Anmeldung:

[Online-Event Deckungspraxis Russland und Belarus 2022 - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de)

Über die aktuellen Entwicklungen informieren Sie sich am besten über diesen Newsletter:
[Hermesdeckungen: Newsletter abonnieren - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de)

**16. März: Briefing zu den Folgen des russischen Kriegs gegen die Ukraine auf die Wirtschaft
von AA, BMWK, BAFA und BMF, 11:30 – 13:00 Uhr**

Seit dem 2. März bieten Auswärtiges Amt, Bundeswirtschaftsministerium und Bundesfinanzministerium immer mittwochs von 11:30 – 13:00 Uhr ein aktuelles Briefing zur den wirtschaftlichen Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine und den Auswirkungen von Sanktionen an. Anmeldung und Informationen bei:
Caren Brinkmann, 402-s@auswaertiges-amt.de



Russland und der Westen

Zeitenwende

Wie umgehen mit einem repressiven und konfrontativen Russland?

24. März 2022, 19:00 - 21:00 MEZ

[Anmelden](#)

Einleitung: **Michail Chodorkowski**

Grundsatzrede: **Annalena Baerbock**, Bundesaußenministerin (tbc)

Diskussion:

- **Michael Roth**, MdB, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, SPD
- **Roderich Kiesewetter**, MdB, Sprecher für Krisenprävention, CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- **Marie-Agnes Strack-Zimmermann**, MdB, Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, FDP
- **Agnieszka Brugger**, MdB, Stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Moderation: **Ralf Fücks**, Zentrum Liberale Moderne

Perspektivwechsel: Gespräch mit

- Botschafter **Daniel Fried**, Atlantic Council
- **Pavlo Klimkin**, ehem. Außenminister der Ukraine (tbc).

Moderation: Botschafter **Boris Ruge**, stellv. Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz.

Die Diskussion wird simultan ins Englische, Russische und Deutsche übersetzt.

Bei Rückfragen, wenden Sie sich bitte an events@libmod.de

28. März: „GAA_Insight: Aktuelle agrarrelevante Entwicklungen in Osteuropa und Zentralasien“, Montag, 28. März 2022 von 9.00 bis 10.00 Uhr (MEZ)

Wenn Sie teilnehmen möchten, dann melden Sie sich bitte **zum 16. März 2022** unter folgendem Link an:

<https://forms.office.com/r/Z03Vedm1hx>

Eine Teilnahme an der Veranstaltung ist für mehrere Vertreter Ihres Unternehmens bzw. Verbandes möglich. Den Einwahllink erhalten Sie kurz vor der Veranstaltung. Nichtmitglieder wenden sich bei Interesse an einer Teilnahme bitte an: Per Brodersen: p.brodersen@oa-ev.de

3. EU-Sanktionsbeschlüsse (Entwicklung seit dem 11. März)

Die Europäische Union hat sich mit den USA auf das nunmehr vierte große Sanktionspaket gegen Russland seit Kriegsbeginn verständigt (siehe auch US-Sanktionen). Unter anderem sind Importverbote für russischen Stahl und Exportverbote für europäische Luxusartikel vorgesehen. Im G7-Kontext wird über neue Handelsbarrieren gesprochen. Zu den genannten Plänen tagen heute in Brüssel die EU-Botschafter. Im Anschluss sollen die Beschlüsse im schriftlichen Verfahren angenommen werden. Wir halten Sie dazu auf dem Laufenden.

dpa

Stahl bis Handel: Was bewirken die neuen Sanktionen gegen Russland?

Die geplanten neuen westlichen Sanktionen gegen Russland werden aus Sicht des Ifo-Instituts weitere negative Auswirkungen für Russland haben. Die EU-Staaten hatten sich am Freitag mit den USA und anderen Verbündeten wegen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine auf weitere Strafmaßnahmen verständigt. Dazu gehören neben einem EU-Exportverbot von Luxusgütern und einem Importstopp für Stahl auch neue Handelsbarrieren.

Konkret soll Russland in Sachen Handel der sogenannte Meistbegünstigtenstatus entzogen werden. In einer Erklärung der G7-Staaten ist die Rede von laufenden Vorbereitungen für eine Erklärung einer breiten Koalition von WTO-Mitgliedern. Das komme faktisch einem Ausschluss aus der Welthandelsorganisation (WTO) sehr nahe, sagte die Leiterin des Ifo-Zentrums für Außenwirtschaft, Lisandra Flach, am Samstag der Deutschen Presse-Agentur.

Die Importzölle würden dadurch zwar nicht gleich steigen, so Flach. Aber ohne den Meistbegünstigtenstatus wären die Handelspartner flexibler beim Erhöhen von Zöllen oder weiteren Handelsbarrieren. Nach den WTO-Abkommen dürften die Länder normalerweise nicht zwischen ihren Handelspartnern diskriminieren. Dieser Grundsatz werde als Meistbegünstigtenstatus bezeichnet und sei das zentrale Recht der WTO-Mitgliedschaft. Für die Weltwirtschaft bestehe die Herausforderung darin, ein Land zu bestrafen und gleichzeitig ein auf Regeln basierendes Handelssystem aufrechtzuerhalten.

Das geplante EU-Ausfuhrverbot für Luxusgüter zielt unterdessen vor allem auf die vielen reichen Unterstützer Putins ab. "Diejenigen, die Putins Kriegsmaschinerie am Laufen halten, sollten nicht länger ihrem pompösen Lebensstil frönen können, während Bomben auf unschuldige Menschen in der Ukraine fallen", erklärte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am Freitag kurz nach einem Gipfel der Staats- und Regierungschefs der EU in Versailles bei Paris.

Außerdem sieht das neue EU-Sanktionspaket vor, die Einfuhr von "wesentlichen Gütern im Eisen- und Stahlsektor aus der Russischen Föderation" zu untersagen. Dies sei ein Schlag gegen einen zentralen Sektor des russischen Wirtschaftssystems und bringe das Land um Ausfuhrerlöse in Milliardenhöhe, teilte von der Leyen mit.

Laut Wirtschaftsvereinigung Stahl ist die EU mit einem Anteil von 30 Prozent an den Ausfuhren die größte Abnehmerregion für russischen Stahl. Rund zwei Prozentpunkte davon entfallen auf Deutschland. Umgekehrt kam im vergangenen Jahr ein Fünftel aller Stahlimporte in die EU aus Russland. Dies entsprach einer Menge von knapp 9,1 Millionen Tonnen. Aus Belarus kamen rund eine Million Tonnen. Der Anteil von Belarus an den Gesamtimporten in die EU lag damit bei zwei Prozent.

Nach Angaben des Bundesverbandes Deutscher Stahlhandel (BDS) beträgt der Stahlverbrauch in der EU jährlich rund 150 Millionen Tonnen. 2020 kamen 20 Prozent davon über Importe in die EU. Aus Russland werden vor allem Massenstähle nach Europa geliefert, die etwa in der Bauindustrie zum Einsatz kommen. Bei einem Importverbot für russischen Stahl werden die Händler laut BDS versuchen, die ausfallenden Mengen woanders auf dem Weltmarkt zu beschaffen.

Die zwei weltgrößten Stahlproduzenten sind Indien und China. Sie könnten einen Ausfall Russlands wettmachen, sagte Stahlexperte Jayanta Roy von der indischen Ratingagentur ICRA der Deutschen Presse-Agentur. Bislang ging nach Angaben der indischen Ratingagentur CRISIL mehr als ein Drittel von Indiens Stahlexporten nach Europa. Der BDS äußerte sich jedoch skeptisch zu Stahllieferungen aus Fernost. Die Frachtraten seien weltweit um ein Mehrfaches gestiegen, was Lieferungen aus entfernten Regionen unrentabler mache, sagte BDS-Vorstand Oliver Ellermann.

Angesichts der Lage will die Europäische Union zudem weitere 500 Millionen Euro für die Lieferung von Waffen und Ausrüstung an die ukrainischen Streitkräfte zur Verfügung stellen. Unterdessen schürt Russland im UN-Sicherheitsrat die Angst vor einem Einsatz von biologischen Waffen durch die Gegenseite, wofür jedoch weder die Vereinten Nationen noch internationale Faktenchecker Hinweise sehen.

GTAI-Sanktionsübersicht:
[EU-Russland-Sanktionen | Special \(gtai.de\)](#)

Das Journalisten-Netzwerk Correctiv bietet einen aktuellen Sanktions-Tracker an:
[Sanktionstracker – Aktuelle Sanktionen gegen Russland \(correctiv.org\)](#)

Weitere Meldungen:

Vergangenen Freitag hatte in Versailles der Europäische Rat getagt. Die EU-Staats- und Regierungschefs haben eine Versailler Erklärung ([20220311-versailles-declaration-en.pdf \(europa.eu\)](#)) mit folgenden Kernergebnissen in vier Themenfeldern angenommen:

- Ukraine: kein spezielles Beitrittsverfahren für die Ukraine; parallel zur laufenden Prüfung des EU-Beitrittsantrags der Ukraine, Partnerschaft zur Unterstützung der Ukraine auf ihrem europäischen Weg vertiefen.
- Energie: Abhängigkeit von Gas, Öl und Kohle aus Russland schnellstmöglich abbauen; kein konkretes Datum genannt; EU-Kommission beauftragt, bis Ende März einen Plan für Versorgungssicherheit und bezahlbare Energiepreise im nächsten Winter und bis Ende Mai einen „RePowerEU-Plan“ zum Abbau der Energieabhängigkeit von Russland vorzulegen.
- Verteidigung: EU-Verteidigungsfähigkeiten stärken; Bedeutung der NATO für die Sicherheit Europas betont; keine neuen Initiativen; Kommission beauftragt, bis Mitte Mai eine Analyse zu Defence Investment Gaps und Vorschläge zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie vorzulegen.
- Wirtschaft:
 - Abhängigkeiten von Drittstaaten bei kritischen Rohstoffen, Halbleitern, Gesundheit, digitalen Technologien und Nahrungsmitteln abbauen.
 - Investitionen stärken; nationale Fiskalpolitiken sollen neuen geopolitischen Kontext berücksichtigen; darüber hinaus keine Beschlüsse zu EU-Rettungspaketen/ Reform der EU-Fiskalregeln.

Podcast:

In einem Podcast beschäftigt sich die Stiftung Wissenschaft und Politik mit den Auswirkungen des russischen Krieges auf das Baltikum und Polen:

[SWP-Podcast Spezial: Was der Ukraine-Krieg für Polen und das Baltikum bedeutet - Stiftung Wissenschaft und Politik \(swp-berlin.org\)](#)

4. Russland-Gegensanktionen

In den Medien wird seit Tagen über ein mögliches „Enteignungsgesetz“ in Russland spekuliert, das westliche Unternehmen treffen könnte, die sich vom russischen Markt zurückziehen. Inzwischen liegt uns dazu ein erster, umfangreicher Gesetzentwurf vor, der aber noch nicht final verabschiedet wurde. Wir können Ihnen dazu heute dieses Arbeitsübersetzung anbieten:

Вносится Правительством Российской Федерации	Vorgelegt von der Regierung der Russischen Föderation.
Проект	Entwurf
ФЕДЕРАЛЬНЫЙ ЗАКОН	Föderalgesetz
«О внешней администрации по управлению организацией»	"Über die externe Verwaltung für das Management der Organisation"
Статья 1. Основания назначения внешней администрации по управлению организацией	Artikel 1: Gründe für die Bestellung einer externen Verwaltung für die Leitung der Organisation
<p>1. В связи с недружественными и противоречащими международному праву действиями Соединенных Штатов Америки и примкнувших к ним иностранных государств и международных организаций, связанными с введением ограничительных мер в отношении граждан Российской Федерации и российских юридических лиц, в целях защиты национальных интересов Российской Федерации, обеспечения ее финансовой стабильности, а также в целях защиты прав и законных интересов организации, ее кредиторов, работников, а также общества в отношении организации может быть введена внешняя администрация по управлению организацией (далее – внешняя администрация) в порядке, предусмотренном настоящим Федеральным законом.</p> <p>2. Внешняя администрация может быть введена в отношении организации, соответствующей совокупности следующих критериев:</p>	<p>1. Angesichts der unfreundlichen und völkerrechtswidrigen Handlungen der Vereinigten Staaten von Amerika und mit ihnen verbundener ausländischer Staaten und internationaler Organisationen, die mit der Verhängung restriktiver Maßnahmen gegen Bürger der Russischen Föderation und russische juristische Personen verbunden sind, zum Schutz der nationalen Interessen der Russischen Föderation, zur Gewährleistung ihrer finanziellen Stabilität und zum Schutz der Rechte und rechtmäßigen Interessen der Organisation, ihrer Gläubiger, ihrer Mitarbeiter und der Gesellschaft kann der Leitung der Organisation in der durch dieses Föderale Gesetz vorgeschriebenen Weise eine externe Verwaltung auferlegt werden (im Folgenden: externe Verwaltung).</p> <p>2. Die externe Verwaltung kann einer Organisation auferlegt werden, die eine Reihe der folgenden Kriterien erfüllt:</p>

1) иностранное лицо (иностранцы лица, включая несколько не аффилированных друг с другом лиц), связанные с иностранными государствами, которые совершают в отношении Российской Федерации, российских юридических лиц и физических лиц недружественные действия (в том числе если такие иностранные лица имеют гражданство этих государств, местом их регистрации, местом преимущественного ведения ими хозяйственной деятельности или местом преимущественного извлечения ими прибыли от деятельности являются эти государства), являются контролирующими организацию лицами либо владеют в совокупности прямо или косвенно не менее чем двадцатью пятью процентами голосующих акций организации или долей в уставном капитале организации;

2) балансовая стоимость активов организации по данным бухгалтерской отчетности по состоянию на последнюю отчетную дату, предшествующую дате подачи заявления о назначении внешней администрации, составляет более одного миллиарда рублей и (или) среднесписочная численность работников организации за месяц, предшествующий подаче заявления о назначении внешней администрации, превышает сто человек.

3. Внешняя администрация вводится при наличии одного из следующих оснований:

1) управление деятельностью организации ее руководителем, иными органами управления и (или) участниками (акционерами) организации фактически прекращено в нарушение требований законодательства Российской Федерации. О наличии такого основания может свидетельствовать, в частности, что указанные лица после 24 февраля 2022 г. покинули территорию Российской Федерации, уклонившись от осуществления своих полномочий и оставив организацию без управления вопреки ее интересам, совершили действия (бездействие), повлекшие существенное уменьшение стоимости имущества организации и (или) неспособность исполнять свои обязательства, прекращение деятельности

1) eine ausländische Person (ausländische Personen, einschließlich mehrerer nicht-verbundener Personen), die mit ausländischen Staaten verbunden ist, die unfreundliche Handlungen gegenüber der Russischen Föderation, russischen juristischen und natürlichen Personen begehen (einschließlich, wenn diese ausländischen Personen die Staatsangehörigkeit dieser Staaten haben, der Ort ihrer Registrierung, der Ort der überwiegenden Geschäftstätigkeit oder der Ort des überwiegenden Gewinns aus ihrer Tätigkeit diese Staaten sind), die beherrschende Personen der Organisation sind oder insgesamt direkt oder indirekt mindestens 25% der stimmberechtigten Anteile der Organisation oder Anteile am genehmigten Kapital der Organisation besitzen;

2) der Bilanzwert des Vermögens der Organisation laut Jahresabschluss zum letzten Stichtag vor dem Zeitpunkt der Beantragung der externen Verwaltung mehr als eine Milliarde Rubel beträgt und (oder) die durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten der Organisation in dem Monat vor dem Zeitpunkt der Beantragung der externen Verwaltung mehr als hundert Personen beträgt.

3. Eine externe Verwaltung wird eingeführt, wenn einer der folgenden Gründe vorliegt:

1) die Leitung der Tätigkeit der Organisation durch ihren Leiter, andere Leitungsorgane und (oder) Teilnehmer (Anteilseigner) der Organisation wurde unter Verletzung der Anforderungen der Gesetzgebung der Russischen Föderation wirksam beendet. Solche Gründe können insbesondere dadurch nachgewiesen werden, dass die oben genannten Personen das Hoheitsgebiet der Russischen Föderation nach dem 24. Februar 2022 verlassen haben, dass sie sich der Ausübung ihrer Befugnisse entzogen haben und die Organisation entgegen ihren Interessen ohne Leitung gelassen haben, dass sie Handlungen (Untätigkeit) begangen haben, die zu einer erheblichen Verringerung des Wertes des Vermögens der Organisation und (oder) zur Unfähigkeit geführt haben, ihren Verpflichtungen nachzukommen, dass sie die Tätigkeit der

организации с нарушением требований законодательства Российской Федерации;

2) указанными в пункте 1 настоящей части лицами осуществляются действия, которые могут привести к необоснованному прекращению деятельности, ликвидации или банкротству организации.

О наличии такого основания может свидетельствовать, в частности, что после 24 февраля 2022 г. указанные лица публично заявили о прекращении деятельности организации в отсутствие для этого очевидных экономических оснований, расторгли договоры организации, имеющие существенное значение для осуществления ее деятельности, направили уведомление более одной трети работников о сокращении.

4. Внешняя администрация по заявлению, поданному в связи с наличием основания, предусмотренного пунктом 1 части 3 настоящего Федерального закона, назначается на срок до трех месяцев.

Досрочное прекращение полномочий такой внешней администрации, предусмотренное статьей 7 настоящего Федерального закона, не допускается.

Внешняя администрация по заявлению, поданному в связи с наличием основания, предусмотренного пунктом 2 части 3 настоящего Федерального закона, назначается на шесть месяцев.

Полномочия указанной внешней администрации могут быть прекращены досрочно в соответствии со статьей 7 настоящего Федерального закона.

5. В качестве внешней администрации назначается государственная корпорация развития «ВЭБ.РФ», а если организация является финансовой организацией - государственная корпорация «Агентство по страхованию вкладов». Указанные лица осуществляют функции внешней администрации через назначенного из числа своих работников представителя, который

Organisation unter Verletzung der Gesetzgebung der Russischen Föderation eingestellt haben;

2) die in Absatz 1 dieses Teils genannten Personen Handlungen vornehmen, die zur ungerechtfertigten Einstellung der Tätigkeit, zur Liquidation oder zum Konkurs der Organisation führen können.

Ein solcher Grund kann insbesondere dadurch nachgewiesen werden, dass die betreffenden Personen nach dem 24. Februar 2022 öffentlich erklärt haben Beendigung der Tätigkeit der Organisation, wenn keine offensichtlichen wirtschaftlichen Gründe vorliegen, Beendigung von Verträgen, die für die Tätigkeit der Organisation wesentlich sind, und Benachrichtigung von mehr als einem Drittel der Arbeitnehmer über die Entlassung.

4. Eine externe Verwaltung ist auf Antrag bei Vorliegen der in Teil 3 Satz 1 dieses Föderalgesetzes angeführten Gründe für einen Zeitraum von bis zu 3 Monaten zu bestellen.

Eine vorzeitige Beendigung der in Artikel 7 dieses Föderalgesetzes vorgesehenen Befugnisse der externen Verwaltung ist nicht zulässig.

Eine externe Verwaltung, die im Zusammenhang mit dem Vorliegen der in Teil 3 Absatz 2 dieses Föderalgesetzes genannten Gründe beantragt wird, wird für einen Zeitraum von 6 Monaten bestellt.

Die Befugnisse dieser externen Verwaltung können gemäß Artikel 7 dieses Föderalgesetzes vorzeitig beendet werden.

5. Als externe Verwaltung wird die staatliche Entwicklungsgesellschaft VEB.RF oder, wenn es sich um ein Finanzinstitut handelt, die staatliche Gesellschaft „Agentur für Einlagenversicherung“ eingesetzt.

Diese Personen nehmen die Aufgaben der externen Verwaltung durch einen Vertreter wahr, der aus dem Kreis ihrer Mitarbeiter ernannt wird und auf der Grundlage einer Vollmacht handelt. Dieser

действует на основании доверенности. Такой представитель вправе от имени организации выдавать доверенности иным лицам, а также отменять выданные указанным лицам доверенности. Нотариального удостоверения предусмотренных настоящим пунктом доверенностей не требуется.

6. Правительством Российской Федерации могут быть определены иные обстоятельства, свидетельствующие о наличии оснований, предусмотренных частью 3 настоящей статьи.

Статья 2. Заявление о назначении внешней администрации

1. Заявление о назначении внешней администрации может быть подано:

- 1) членом совета директоров (наблюдательного совета) организации;
- 2) федеральным органом исполнительной власти, уполномоченным Правительством Российской Федерации на представление в деле о банкротстве и в процедурах, применяемых в деле о банкротстве, требований об уплате обязательных платежей и требований Российской Федерации по денежным обязательствам (далее – уполномоченный орган) независимо от наличия задолженности по обязательным платежам;
- 3) в случаях, предусмотренных статьей 7 настоящего Федерального закона - лицом, наделенным правом осуществлять полномочия внешней администрации.

Уполномоченный орган подает заявление о назначении внешней администрации на основании решения межведомственной комиссии, созданной федеральным органом исполнительной власти, осуществляющим функции по выработке государственной политики и нормативно-правовому регулированию в сфере анализа и прогнозирования социально-экономического развития, развития предпринимательской деятельности. Такое

Vertreter hat das Recht, im Namen der Organisation anderen Personen Vollmachten zu erteilen und die an die genannten Personen erteilten Vollmachten zu widerrufen. Die in diesem Absatz genannten Vollmachten brauchen nicht notariell beglaubigt zu werden.

6. Die Regierung der Russischen Föderation kann weitere Umstände bestimmen, die auf das Vorliegen der in Absatz 3 dieses Artikels genannten Gründe hinweisen.

Artikel 2: Antrag auf Bestellung einer externen Verwaltung

1. Ein Antrag auf Bestellung einer externen Verwaltung kann von folgenden Stellen eingereicht werden:

- 1) ein Mitglied des Vorstandes (Aufsichtsrates) der Organisation;
- 2) durch ein föderales Exekutivorgan, das von der Regierung der Russischen Föderation bevollmächtigt ist, im Konkursverfahren und in den im Konkursverfahren angewandten Verfahren die Forderungen auf Zahlung von Zwangsgeldern und die Forderungen der Russischen Föderation auf Geldverbindlichkeiten zu vertreten (nachstehend "bevollmächtigtes Organ" genannt), ungeachtet des Bestehens von Rückständen bei Zwangsgeldern
- 3) in den in Artikel 7 dieses Bundesgesetzes vorgesehenen Fällen - durch eine zur Ausübung der Außenverwaltung befugte Person.

Das bevollmächtigte Organ beantragt die Bestellung einer externen Verwaltung auf der Grundlage eines Beschlusses einer interministeriellen Kommission, die vom föderalen Organ der Exekutivgewalt eingesetzt wurde, das für die Entwicklung der staatlichen Politik und der normativ-rechtlichen Regelung im Bereich der Analyse und Prognose der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung und der Entwicklung der unternehmerischen Tätigkeit zuständig ist. Eine solche Entscheidung kann auf der

решение может быть принято на основании обращения:

1) высшего должностного лица субъекта Российской Федерации (руководителя высшего исполнительного органа государственной власти субъекта Российской Федерации), в котором зарегистрирована или осуществляет деятельность организация;

2) руководителя федерального органа исполнительной власти, обеспечивающего реализацию единой государственной политики в отрасли экономики, в которой осуществляет деятельность организация;

3) руководителя федерального органа исполнительной власти, уполномоченного на проведение федерального государственного контроля (надзора) за соблюдением трудового законодательства и иных нормативных правовых актов, содержащих нормы трудового права;

4) прокурора субъекта Российской Федерации, в котором зарегистрирована или осуществляет деятельность организация;

5) уполномоченного органа.

К такому обращению должны быть приложены документы, подтверждающие наличие оснований, указанных в части 3 статьи 1 настоящего Федерального закона. Принятие решения межведомственной комиссии, указанной в абзаце первом настоящей части, не является основанием для возникновения гражданско-правовой ответственности членов этой межведомственной комиссии.

2. Правительством Российской Федерации могут быть установлены дополнительные основания принятия решения о подаче заявления о назначении внешней администрации.

3. Не позднее дня подачи заявления о назначении внешней администрации заявитель обязан включить сведения о его подаче в Единый федеральный реестр юридически значимых сведений о фактах деятельности юридических лиц, индивидуальных предпринимателей и иных

Grundlage eines Antrags des Antragstellers getroffen werden:

1) der höchste Beamte des Subjekts der Russischen Föderation (Leiter des höchsten Exekutivorgans der Staatsmacht des Subjekts der Russischen Föderation), in dem die Organisation registriert ist oder ihre Tätigkeit ausübt;

2) der Leiter des föderalen Exekutivorgans, das die Umsetzung der einheitlichen staatlichen Politik in dem Wirtschaftszweig gewährleistet, in dem die Organisation ihre Tätigkeit ausübt;

3) Der Leiter des föderalen Exekutivorgans, der befugt ist, die föderale staatliche Kontrolle (Aufsicht) über die Einhaltung der Arbeitsgesetzgebung und anderer regulativer Rechtsakte, die arbeitsrechtliche Normen enthalten, auszuüben;

4) der Staatsanwalt des Subjekts der Russischen Föderation, in dem die Organisation registriert ist oder ihre Tätigkeit ausübt;

5) eine zuständige Behörde.

Dem Antrag sind Unterlagen beizufügen, die das Vorliegen der in Artikel 1 Teil 3 dieses Bundesgesetzes genannten Gründe bestätigen. Die Annahme der Entscheidung des in Absatz 1 dieses Teils genannten interministeriellen Ausschusses begründet nicht die zivilrechtliche Haftung der Mitglieder dieses interministeriellen Ausschusses.

2. Die Regierung der Russischen Föderation kann zusätzliche Gründe für die Entscheidung über die Einreichung eines Antrags auf Ernennung einer externen Verwaltung festlegen.

3. Spätestens am Tag der Einreichung des Antrags auf Bestellung einer externen Verwaltung ist der Antragsteller verpflichtet, Informationen über die Einreichung in das Einheitliche Föderale Register der rechtlich bedeutsamen Informationen über

субъектов экономической деятельности (далее также - Единый федеральный реестр сведений о фактах деятельности юридических лиц), а также направить его:

- 1) уполномоченному органу (если заявление подано не им);
- 2) организации по адресу ее регистрации;
- 3) лицу, которое может быть назначено в качестве внешней администрации в соответствии с частью 5 статьи 1 настоящего Федерального закона.

Статья 3. Рассмотрение заявления о назначении внешней администрации и ее назначение

1. Вопрос о принятии заявления о назначении внешней администрации к производству решается судом не позднее рабочего дня, следующего за днем его поступления.

2. На основании ходатайства заявителя, приложенного к заявлению о назначении внешней администрации, суд одновременно с возбуждением дела принимает обеспечительные меры, в частности, запрещает:

- 1) совершать сделки, связанные с приобретением, отчуждением или возможностью отчуждения прямо либо косвенно имущества организации, стоимость которого составляет более пяти процентов балансовой стоимости активов организации по данным бухгалтерской отчетности по состоянию на последнюю отчетную дату, предшествующую дате принятия обеспечительных мер (за исключением реализации имущества, являющегося готовой продукцией, работами, услугами, изготавливаемой или реализуемой организацией в процессе обычной хозяйственной деятельности, приобретения сырья, уплаты обязательных платежей, эксплуатационных платежей, совершения иных сделок, совершаемых в пределах обычной хозяйственной деятельности организации);

Тяжести der Tätigkeit von juristischen Personen, Einzelunternehmern und anderen Subjekten der Wirtschaftstätigkeit (im Folgenden auch - Einheitliches Föderales Register der Informationen über Tatsachen der Tätigkeit von juristischen Personen) aufzunehmen und zu übermitteln

- 1) an die zugelassene Behörde (wenn der Antrag nicht von ihr gestellt wird);
- 2) an die Organisation unter ihrer Registrierungsadresse;
- 3) eine Person, die als externer Verwalter gemäß Artikel 1 Absatz 5 dieses Bundesgesetzes bestellt werden kann.

Artikel 3: Prüfung des Antrags auf Bestellung einer externen Verwaltung und deren Bestellung

1. Der Antrag auf Bestellung einer externen Verwaltung wird vom Gericht spätestens an dem auf den Tag des Eingangs folgenden Arbeitstag bearbeitet.

2. Auf der Grundlage des Antragsersuchen des Antragstellers, der dem Antrag auf Bestellung einer externen Verwaltung beigefügt ist, erlässt das Gericht gleichzeitig mit der Einleitung des Verfahrens einstweilige Maßnahmen, insbesondere ein Verbot:

- 1) Transaktionen durchzuführen, die direkt oder indirekt mit dem Erwerb, der Veräußerung oder der Möglichkeit der Veräußerung von Vermögenswerten der Organisation zusammenhängen, deren Wert mehr als fünf Prozent des Bilanzwerts des Vermögens der Organisation gemäß der Buchführung zum letzten Bilanzstichtag vor dem Zeitpunkt der Ergreifung vorläufiger Maßnahmen beträgt, (Mit Ausnahme des Verkaufs von Vermögenswerten, bei denen es sich um Fertigerzeugnisse, Arbeiten oder Dienstleistungen handelt, die von der Organisation im Rahmen ihrer normalen Geschäftstätigkeit hergestellt oder verkauft werden, des Kaufs von Rohstoffen, der Zahlung obligatorischer Zahlungen, betrieblicher Zahlungen und anderer Transaktionen, die im

2) увольнять работников организации по инициативе работодателя;

3) расторгать договоры организации, имеющие существенное значение для осуществления деятельности организации;

4) распоряжаться акциями (долями в уставном капитале) организации.

Определение о принятии обеспечительных мер направляется судом в органы, осуществляющие регистрацию или иной учет имущества и в кредитные организации при наличии сведений о них, иным лицам, которым надлежит осуществить действия, связанные с обеспечительными мерами.

Такие обеспечительные меры отменяются судом при назначении внешней администрации.

3. Заявление о назначении внешней администрации подлежит рассмотрению судом не ранее чем через пять и не позднее чем через семь рабочих дней со дня его принятия судом без проведения предварительного судебного заседания.

4. О времени и месте судебного заседания суд уведомляет заявителя, организацию, уполномоченный орган, а также лицо, которое может быть назначено в качестве внешней администрации в соответствии с частью 5 статьи 1 настоящего Федерального закона.

5. До даты судебного заседания по рассмотрению заявления о назначении внешней администрации руководителем или участниками (акционерами) организации, владеющими более чем пятьюдесятью процентами голосующих акций (долей в уставном капитале) организации, может быть подано в суд ходатайство об отказе в назначении внешней администрации в связи с отказом от прекращения деятельности организации и обязательством возобновить и (или) продолжить ее деятельность на территории Российской Федерации, в том числе в связи

Рahmen der normalen Geschäftstätigkeit der Organisation durchgeführt werden);

2) Arbeitnehmer der Organisation auf Initiative des Arbeitgebers zu entlassen;

3) Verträge der Organisation zu kündigen, die für die Durchführung der Tätigkeiten der Organisation wesentlich sind;

4) über Aktien (Anteile am genehmigten Kapital) der Organisation zu verfügen.

Der Beschluss über die einstweilige Anordnung wird vom Gericht an die für die Registrierung oder sonstige Verbuchung von Vermögenswerten zuständigen Behörden und an die Kreditinstitute, sofern diese bekannt sind, sowie an andere Personen, die die mit der einstweiligen Anordnung zusammenhängenden Handlungen vorzunehmen haben, gesandt.

Diese einstweiligen Anordnungen werden vom Gericht mit der Bestellung einer externen Verwaltung aufgehoben.

3. Der Antrag auf Bestellung einer externen Verwaltung wird vom Gericht frühestens fünf und spätestens sieben Arbeitstage nach seiner Annahme durch das Gericht ohne vorherige Anhörung geprüft.

4. Das Gericht teilt dem Antragsteller, der Organisation, der bevollmächtigten Stelle sowie der Person, die gemäß Artikel 1 Absatz 5 dieses Bundesgesetzes zur externen Verwaltung bestellt werden kann, Zeit und Ort der Gerichtsverhandlung mit.

5. Vor der gerichtlichen Verhandlung über den Antrag auf Bestellung einer externen Verwaltung können der Leiter oder die Gesellschafter (Aktionäre) der Organisation, die mehr als 50 Prozent der stimmberechtigten Aktien (Anteile am genehmigten Kapital) der Organisation halten, beim Gericht einen Antrag auf Ablehnung der Bestellung einer externen Verwaltung im Zusammenhang mit der Weigerung der Organisation, ihre Tätigkeit einzustellen, und der Verpflichtung, ihre Tätigkeit in

планируемым отчуждением или передачей в доверительное управление акций (долей в уставном капитале) организации лицам, не подпадающим под критерии, предусмотренные пунктом 1 части 2 статьи 1 настоящего Федерального закона, принявшим на себя такие обязательства. При поступлении такого ходатайства суд отказывает в назначении внешней администрации, если будут представлены убедительные доказательства реальности намерений устранить обстоятельства, послужившие основанием для подачи заявления о назначении внешней администрации. Повторная подача такого ходатайства в отношении организации не допускается.

6. В случае принятия судом решения об отказе в назначении внешней администрации в связи с планируемым отчуждением или передачей в доверительное управление акций (долей в уставном капитале) организации такая сделка по отчуждению или передаче в доверительное управление акций (долей в уставном капитале) должны быть совершена не позднее трех месяцев с даты принятия решения суда.

7. При отсутствии ходатайства, предусмотренного частью 5 настоящей статьи, или отказа суда в его удовлетворении суд принимает решение о назначении внешней администрации, если заявитель представит доказательства наличия оснований, предусмотренных частью 3 статьи 1 настоящего Федерального закона.

8. С даты назначения внешней администрации:

- 1) полномочия руководителя организации переходят к внешней администрации;
- 2) приостанавливаются полномочия иных органов управления организации;
- 3) прекращается действие доверенностей, выданных организацией до даты назначения внешней администрации, в том числе безотзывных;

der Russischen Föderation wieder aufzunehmen und (oder) fortzusetzen, einschließlich der geplanten Veräußerung oder Übertragung in ein Treuhandvermögen, stellen. Nach Eingang eines solchen Antrags lehnt das Gericht die Bestellung einer externen Verwaltung ab, wenn überzeugende Beweise dafür vorgelegt werden, dass tatsächlich die Absicht besteht, die Umstände zu beseitigen, die dem Antrag auf Bestellung einer externen Verwaltung zugrunde lagen.

Ein solcher Antrag kann nicht erneut gegen die Organisation gestellt werden.

6. Entscheidet ein Gericht, im Zusammenhang mit einer geplanten Veräußerung oder Übertragung von Anteilen (Beteiligungen am genehmigten Kapital) der Organisation in die treuhänderische Verwaltung keine externe Verwaltung zu bestellen, so muss eine solche Transaktion der Veräußerung oder Übertragung von Anteilen (Beteiligungen am genehmigten Kapital) in die treuhänderische Verwaltung spätestens drei Monate nach dem Datum der Gerichtsentscheidung abgeschlossen sein.

7. Liegt kein Antrag nach Teil 5 dieses Artikels vor oder lehnt das Gericht den Antrag ab, so entscheidet das Gericht über die Bestellung einer externen Verwaltung, wenn der Antragsteller die in Teil 3 des Artikels 1 dieses Bundesgesetzes vorgesehenen Gründe nachweist.

8. Ab dem Datum der Bestellung der externen Verwaltung:

- 1) Die Befugnisse des Leiters der Organisation gehen auf die externe Verwaltung über;
- 2) werden die Befugnisse der anderen Organe der Organisation ausgesetzt;
- 3) Vollmachten, die von der Organisation vor dem Zeitpunkt der Bestellung der externen Verwaltung

4) приостанавливаются обязанности организации и иных лиц по подаче заявления о признании должника банкротом, предусмотренные статьей 9 Федерального закона от 26 октября 2002 г. № 127-ФЗ «О несостоятельности (банкротстве);

5) прекращается действие принятых до этого решений органов управления организации о ее добровольной ликвидации, реорганизации, выплате дивидендов, приобретении и выкупе акций (долей в уставном капитале), изменении устава и о даче руководителю обязательных для него указаний;

6) не допускается удовлетворение требований участника (акционера) организации о выплате действительной стоимости доли в уставном капитале или о выкупе акций организации;

7) приостанавливается действие положений устава организации, ограничивающих полномочия руководителя по сравнению с законом, в том числе требующих согласования (одобрения) его действий другими органами управления организации;

8) не допускается односторонний отказ от исполнения или одностороннее изменение договора контрагентом организации во внесудебном порядке;

9) требование контрагента организации об изменении или о расторжении договора с организацией подлежит предъявлению арбитражный суд и рассматривается по правилам пункта 2 статьи 450 Гражданского кодекса Российской Федерации, при этом суд вправе полностью или частично отказать в изменении или расторжении договора, необходимых для продолжения деятельности организации при условии представления доказательств того, что она сможет исполнять договор в будущем.

9. С даты назначения внешней администрации сохраняется действие (не допускается прекращение) исключительных прав организации

erteilt wurden, einschließlich unwiderruflicher Vollmachten, erlöschen;

4) werden die Verpflichtungen der Organisation und anderer Personen zur Beantragung des Konkurses des Schuldners gemäß Artikel 9 des Föderalen Gesetzes № 127-FZ vom 26. Oktober 2002 über die Zahlungsunfähigkeit (Konkurs) ausgesetzt;

5) die zuvor von den Leitungsorganen der Organisation gefassten Beschlüsse über die freiwillige Liquidation, die Reorganisation, die Ausschüttung von Dividenden, den Erwerb und die Einziehung von Anteilen (Anteilen am genehmigten Kapital), die Änderung der Satzung und die Erteilung verbindlicher Weisungen an den Leiter der Organisation aufgehoben werden;

6) die Ansprüche des Teilnehmers (Aktionärs) der Organisation auf Auszahlung des tatsächlichen Wertes des Anteils am genehmigten Kapital oder auf Einziehung der Anteile der Organisation sind nicht zulässig;

7) Die Bestimmungen der Satzung der Organisation, die die Befugnisse des Leiters im Vergleich zum Gesetz einschränken, einschließlich derjenigen, die eine Genehmigung (Zustimmung) seiner Handlungen durch andere Leitungsorgane der Organisation vorschreiben, werden ausgesetzt;

8) Die Gegenpartei der Organisation darf die Erfüllung des Vertrags nicht einseitig verweigern oder den Vertrag einseitig außergerichtlich ändern;

9) Die Forderung des Vertragspartners der Organisation, den Vertrag mit der Organisation zu ändern oder zu kündigen, ist Gegenstand eines Schiedsverfahrens und wird nach den Regeln des Artikels 450 Absatz 2 des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation geprüft, wobei das Gericht das Recht hat, die für die Fortführung der Tätigkeit der Organisation erforderliche Änderung oder Kündigung des Vertrags ganz oder teilweise abzulehnen, sofern der Nachweis erbracht wird, dass die Organisation in der Lage sein wird, den Vertrag in Zukunft zu erfüllen.

на объекты интеллектуальной собственности, а также прав использования объектов интеллектуальной собственности (в том числе предоставленных организации по лицензионному договору, договору коммерческой концессии), обладателями исключительных прав на которые являются иностранные лица, связанные с иностранными государствами, которые совершают в отношении российских юридических лиц и физических лиц недружественные действия (в том числе если такие иностранные лица имеют гражданство этих государств, местом их регистрации, местом преимущественного ведения ими хозяйственной деятельности или местом преимущественного извлечения ими прибыли от деятельности являются эти государства), и лица, которые находятся под контролем указанных иностранных лиц, независимо от места их регистрации или места преимущественного ведения ими хозяйственной деятельности.

В случае досрочного прекращения в период с 24 февраля 2022 г. действия таких прав использования их действие восстанавливается. При этом выплата вознаграждения (в том числе по лицензионному договору или договору коммерческой концессии) за предоставление права использования объектов интеллектуальной собственности, предусмотренных абзацем первым настоящего пункта, до даты истечения срока полномочий внешней администрации не осуществляется.

10. Если ранее в отношении организации уже назначалась внешняя администрация в связи с наличием оснований, предусмотренных пунктом 2 части 3 настоящего Федерального закона, то при повторном назначении внешней администрации применяются положения настоящего Федерального закона, предусмотренные в отношении организации, заявление о назначении внешней администрации которой подано по основаниям, предусмотренным пунктом 1 части 3 настоящего Федерального закона.

11. Решение суда о назначении внешней администрации может быть обжаловано в порядке апелляционного производства

9. Ab dem Zeitpunkt der Ernennung der externen Verwaltung werden die ausschließlichen Rechte der Organisation an geistigem Eigentum sowie die Rechte zur Nutzung des geistigen Eigentums (einschließlich der Rechte, die der Organisation im Rahmen eines Lizenzvertrags oder einer kommerziellen Konzession gewährt wurden), deren Inhaber ausländische Personen sind, die mit ausländischen Staaten verbunden sind und die feindliche Handlungen gegen russische juristische und natürliche Personen begehen (einschließlich, wenn diese ausländischen Personen die Staatsangehörigkeit dieser Staaten haben, der Ort ihrer Gründung, der Ort der überwiegenden Geschäftstätigkeit oder der Ort des überwiegenden Gewinns aus ihren Tätigkeiten diese Staaten sind), und Personen, die von diesen ausländischen Personen kontrolliert werden, unabhängig von ihrem Ort der Gründung oder dem Ort der überwiegenden Geschäftstätigkeit.

Im Falle einer vorzeitigen Beendigung dieser Nutzungsrechte ab dem 24. Februar 2022 werden sie wiederhergestellt.

In diesem Fall erfolgt die Zahlung des Entgelts (auch im Rahmen eines Lizenzvertrags oder einer kommerziellen Konzessionsvereinbarung) für die Einräumung des Rechts auf Nutzung der in Absatz 1 genannten Gegenstände des geistigen Eigentums erst zum Zeitpunkt des Ablaufs der Amtszeit der externen Verwaltung.

10. Wurde die externe Verwaltung in Bezug auf die Organisation aufgrund des Vorliegens der in Teil 3 Satz 2 dieses Bundesgesetzes vorgesehenen Gründe bereits früher bestellt, so sind bei der erneuten Bestellung der externen Verwaltung die Bestimmungen dieses Bundesgesetzes anzuwenden, die in Bezug auf die Organisation vorgesehen sind, deren Antrag auf Bestellung der externen Verwaltung aus den in Teil 3 Satz 1 dieses Bundesgesetzes vorgesehenen Gründen gestellt wurde.

участником (акционером) организации, а также бывшим руководителем организации.

Статья 4. Права и обязанности внешней администрации

1. Внешняя администрация обязана действовать добросовестно и разумно в интересах организации, ее кредиторов, работников и общества. В отношении работников организации к внешней администрации переходят права и обязанности руководителя работодателя.

2. Внешняя администрация обязана:

1) принимать меры по обеспечению возобновления и (или) обеспечению продолжения деятельности, которую осуществляет организация, и предупреждению ее банкротства;

2) принимать меры по обеспечению сохранности имущества организации и рабочих мест, а также меры, направленные на недопущение возникновения задолженности по заработной плате либо ее погашение, если она возникла до введения внешней администрации;

3) осуществлять инвентаризацию имущества организации;

4) обеспечивать проведение оценки имущества организации в соответствии с законодательством Российской Федерации об оценочной деятельности для определения его ликвидационной стоимости;

5) проводить замещение активов организации путем выделения;

6) проводить торги по продаже акций (долей в уставном капитале) организации, образованной путем выделения;

7) принимать меры, направленные на поиск, выявление и возврат имущества организации, находящегося у третьих лиц.

11. Gegen die Entscheidung des Gerichts über die Bestellung der externen Verwaltung kann der Teilnehmer (Anteilseigner) der Organisation sowie der ehemalige Leiter der Organisation Einspruch erheben.

Artikel 4: Rechte und Pflichten der externen Verwaltung

1. Die externe Verwaltung ist verpflichtet, nach Treu und Glauben und in angemessener Weise im Interesse der Organisation, ihrer Gläubiger, Mitarbeiter und der Öffentlichkeit zu handeln. In Bezug auf die Beschäftigten der Organisation unterliegt die externe Verwaltung den Rechten und Pflichten des Leiters des Arbeitgebers.

2. Die externe Verwaltung ist dazu verpflichtet:

1) Maßnahmen zu ergreifen, um die Wiederaufnahme und (oder) die Fortführung der von der Organisation durchgeführten Tätigkeiten zu gewährleisten und ihren Konkurs zu verhindern;

2) Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit des Eigentums der Organisation und der Arbeitsplätze zu gewährleisten, sowie Maßnahmen, die darauf abzielen, Lohnrückstände oder deren Zahlung zu verhindern, wenn sie vor der Einführung der externen Verwaltung entstanden sind;

3) eine Bestandsaufnahme des Vermögens der Organisation vorzunehmen;

4) sicherzustellen, dass das Vermögen der Organisation in Übereinstimmung mit der Gesetzgebung der Russischen Föderation über die Bewertungstätigkeit bewertet wird, um seinen Liquidationswert zu bestimmen;

5) die Ersetzung von Vermögenswerten der Organisation durch eine Ausgliederung durchzuführen;

6) Durchführung von Auktionen für den Verkauf von Aktien (Anteilen am Satzungskapital) der durch Abspaltung gebildeten Organisation;

3. Внешняя администрация вправе:

- 1) осуществлять полномочия руководителя организации, в том числе распоряжаться ее имуществом, включая средства на банковских счетах;
- 2) предъявлять от имени организации иски в суды общей юрисдикции, арбитражные суды и третейские суды;
- 3) с учетом характера деятельности организации привлекать иных лиц для осуществления управленческих функций;
- 4) запрашивать необходимые сведения об организации, о лицах, входящих в состав органов управления организации, о контролирурующих лицах организации, о принадлежащем им имуществе (в том числе имущественных правах), о контрагентах и об обязательствах организации у любых третьих лиц, включая физические лица, юридические лица, государственные органы, органы местного самоуправления, государственные внебюджетные фонды Российской Федерации и органы местного самоуправления, включая сведения, составляющие служебную, коммерческую и банковскую тайну.

Запрошенные сведения и документы предоставляются внешней администрации в течение семи календарных дней со дня получения ее запроса.

4. Бывший руководитель организации в течение трех календарных дней с даты назначения внешней администрации обязан обеспечить передачу ей бухгалтерской и иной документации организации, печатей, штампов, материальных и иных ценностей.

7) Maßnahmen zur Suche, Identifizierung und Rückgabe des Eigentums der Organisation, das sich im Besitz Dritter befindet, zu ergreifen.

3. Die externe Verwaltung hat das Recht dazu:

- 1) Ausübung der Befugnisse des Leiters der Organisation, einschließlich der Verfügung über ihr Vermögen, einschließlich der Bankguthaben;
- 2) im Namen der Organisation Ansprüche vor ordentlichen Gerichten, Schiedsgerichten und Schiedsgerichten geltend zu machen;
- 3) unter Berücksichtigung der Art der Tätigkeiten der Organisation andere Personen mit der Wahrnehmung von Führungsaufgaben zu beauftragen;
- 4) die notwendigen Informationen über die Organisation, über die Personen, die Mitglieder der Leitungsorgane der Organisation sind, über die die Organisation kontrollierenden Personen, über das ihnen gehörende Vermögen (einschließlich der Eigentumsrechte), über die Gegenparteien und über die Verpflichtungen der Organisation von allen Dritten, einschließlich natürlicher Personen, juristischer Personen, staatlicher Organe, lokaler Behörden, staatlicher außerbudgetärer Fonds der Russischen Föderation und lokaler Behörden, anzufordern, einschließlich Informationen, die Amts-, Geschäfts- und Bankgeheimnisse darstellen. Die angeforderten Informationen und Unterlagen werden der externen Verwaltung innerhalb von sieben Kalendertagen nach Eingang ihres Ersuchens zur Verfügung gestellt.

Die angeforderten Informationen und Dokumente werden der externen Verwaltung innerhalb von sieben Kalendertagen nach Eingang ihres Ersuchens zur Verfügung gestellt.

4. Der ehemalige Leiter der Organisation ist verpflichtet, ihr innerhalb von drei Kalendertagen ab dem Zeitpunkt der Bestellung der externen Verwaltung die Buchhaltung und andere Unterlagen

5. Внешняя администрация в течение трех месяцев с даты ее назначения вправе отказаться от исполнения договоров организации, не исполненных сторонами полностью или частично, если такие договоры препятствуют предупреждению банкротства организации и продолжению ее деятельности.

Сторона по договору, в отношении которой заявлен отказ от исполнения, вправе потребовать от организации возмещения убытков, вызванных отказом от его исполнения.

6. Внешняя администрация отвечает за убытки, причиненные в ходе осуществления ею своих полномочий, только в случае умышленного нарушения или грубой небрежности.

7. Незамедлительно после своего назначения внешняя администрация приступает к формированию реестра требований кредиторов и инвентаризации имущества организации. Инвентаризация и оценка имущества организации должны быть проведены не позднее двух месяцев со дня назначения внешней администрации, а замещение активов не позднее окончания сроков полномочий внешней администрации, предусмотренных частью 4 статьи 1 настоящего Федерального закона.

Статья 5. Реестр требований кредиторов

1. Внешняя администрация обязана вести реестр требований кредиторов организации, возникших до ее назначения, в том числе требований, срок исполнения которых не наступил на дату ее назначения.

2. Состав и размер обязательств организации определяется на дату назначения внешней администрации.

3. В течение одного месяца со дня ее назначения внешняя администрация обязана выявить всех имеющих кредиторов организации и уведомить их о включении требований в реестр требований кредиторов, а также включить

der Organisation, Siegel, Stempel, Material und andere Wertgegenstände zu übergeben.

5. Innerhalb von drei Monaten nach ihrer Ernennung hat die externe Verwaltung das Recht, die Erfüllung von Verträgen der Organisation abzulehnen, die von den Parteien ganz oder teilweise nicht erfüllt wurden, wenn diese Verträge die Abwendung des Konkurses der Organisation und die Fortführung ihrer Tätigkeiten verhindern.

Die Vertragspartei, für die der Rücktritt erklärt wird, hat das Recht, von der Organisation eine Entschädigung für den durch den Rücktritt verursachten Schaden zu verlangen.

6. Die externe Verwaltung haftet für Schäden, die sie bei der Ausübung ihrer Befugnisse verursacht, nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

7. Unmittelbar nach ihrer Ernennung beginnt die externe Verwaltung mit der Erstellung eines Forderungsregisters der Gläubiger und eines Inventars des Vermögens der Organisation. Die Inventarisierung und Bewertung des Vermögens der Organisation muss spätestens zwei Monate nach der Ernennung der externen Verwaltung erfolgen, die Ersetzung des Vermögens spätestens am Ende der in Artikel 1 Absatz 4 dieses Bundesgesetzes vorgesehenen Amtszeit der externen Verwaltung.

Artikel 5: Verzeichnis der Forderungen der Gläubiger

1. Die externe Verwaltung ist verpflichtet, ein Verzeichnis der Forderungen der Gläubiger der Organisation zu führen, die vor ihrer Bestellung entstanden sind, einschließlich der Forderungen, die zum Zeitpunkt ihrer Bestellung noch nicht fällig geworden sind.

2. Die Zusammensetzung und die Höhe der Verbindlichkeiten der Organisation werden zum Zeitpunkt der Bestellung der externen Verwaltung festgelegt.

сведения об этом в Единый федеральный реестр сведений о фактах деятельности юридических лиц.

4. В течение одного месяца со дня назначения внешней администрации кредиторы организации вправе предъявить свои требования внешней администрации для целей включения в реестр требований кредиторов.

В течение десяти рабочих дней со дня получения требования кредитора внешняя администрация обязана принять решение о его включении в реестр требований кредиторов либо отказать в таком включении и уведомить кредитора об этом, а также включить в Единый федеральный реестр сведений о фактах деятельности юридических лиц сведения о включении требования в реестр.

Решение внешней администрации об отказе во включении требования в реестр может быть обжаловано в суд заявившим его кредитором в течение десяти рабочих дней со дня, когда он узнал или должен был узнать о нем.

5. Внешняя администрация обязана обеспечивать доступ к документам, на основании которых ею были приняты решения о включении требований в реестр, участникам (акционерам) организации, уполномоченному органу, кредиторам, чьи требования включены в реестр, а также кредиторам, предъявившим требования внешней администрации.

6. В течение десяти рабочих дней с даты включения в Единый федеральный реестр сведений о фактах деятельности юридических лиц сведений о включении требования в реестр решение внешней администрации о таком включении может быть обжаловано в арбитражный суд:

1) кредитором, чьи требования включены в реестр;

3. Die externe Verwaltung ist verpflichtet, innerhalb eines Monats nach ihrer Ernennung alle bestehenden Gläubiger der Organisation zu ermitteln und sie über die Aufnahme ihrer Forderungen in das Gläubigerforderungsregister zu informieren, sowie

4. Innerhalb eines Monats nach der Bestellung der externen Verwaltung haben die Gläubiger der Organisation das Recht, ihre Forderungen bei der externen Verwaltung zur Eintragung in das Verzeichnis der Forderungen der Gläubiger anzumelden.

Die externe Verwaltung ist verpflichtet, innerhalb von zehn Arbeitstagen nach Eingang der Forderung des Gläubigers eine Entscheidung über die Aufnahme in das Forderungsregister zu treffen oder die Aufnahme abzulehnen und den Gläubiger davon in Kenntnis zu setzen sowie Informationen über die Aufnahme der Forderung in das Register in das Einheitliche Föderale Register für Informationen über die Fakten juristischer Personen aufzunehmen.

Gegen die Entscheidung der externen Verwaltung über die Verweigerung der Aufnahme der Forderung in das Register kann der Antragsteller innerhalb von zehn Arbeitstagen ab dem Tag, an dem er davon erfahren hat oder hätte erfahren müssen, bei Gericht Einspruch erheben.

5. Die externe Verwaltung ist verpflichtet, den Teilnehmern (Gesellschaftern) der Organisation, dem bevollmächtigten Organ, den Gläubigern, deren Forderungen in das Register aufgenommen wurden, sowie den Gläubigern, die Forderungen bei der externen Verwaltung eingereicht haben, Zugang zu den Dokumenten zu gewähren, auf deren Grundlage sie Entscheidungen über die Aufnahme von Forderungen in das Register getroffen hat.

6. Innerhalb von zehn Arbeitstagen ab dem Datum der Aufnahme von Informationen über die Aufnahme einer Forderung in das Einheitliche Föderale Register der Informationen über die Tätigkeit juristischer Personen kann die Entscheidung der externen Verwaltung über diese

2) кредитором, предъявившим требование внешней администрации;

3) участником (акционером) и бывшим руководителем организации;

4) уполномоченным органом.

7. Суд рассматривает жалобу на решение внешней администрации о включении требования в реестр или об отказе в таком включении в течение пятнадцати рабочих дней со дня поступления жалобы в суд.

Статья 6. Замещение активов организации путем выделения

1. Для обеспечения продолжения деятельности, которую осуществляет организация, проводится замещение активов путем выделения по правилам статьи 115 Федерального закона от 26 октября 2002 г. № 127-ФЗ «О несостоятельности (банкротстве)», с учетом особенностей, предусмотренных настоящей статьей.

2. При замещении активов организации на базе ее имущества создается одно хозяйственное общество, единственным участником (акционером) которого становится организация. Такому хозяйственному обществу передается в порядке универсального правопреемства по передаточному акту все имущество (в том числе имущественные права) организации. Решение о выделении принимается и передаточный акт утверждается внешней администрацией.

3. В состав передаваемого имущества среди прочего включаются принадлежащие организации исключительные права на результаты интеллектуальной деятельности, товарные знаки и знаки обслуживания, права использования результатов интеллектуальной деятельности, товарных знаков и знаков обслуживания.

В состав имущества также включаются исключительные права на результаты

Аufnahme beim Schiedsgericht angefochten werden:

1) von einem Gläubiger, dessen Forderungen in das Register eingetragen sind;

2) durch einen Gläubiger, dessen Forderungen in das Register aufgenommen wurden;

3) ein Teilnehmer (Aktionär) und ehemaliger Leiter der Organisation;

4) befugte Behörde.

7. Das Gericht prüft die Beschwerde gegen die Entscheidung der externen Verwaltung über die Aufnahme der Forderung in das Register oder über die Ablehnung einer solchen Aufnahme innerhalb von fünfzehn Arbeitstagen nach Eingang der Beschwerde bei dem Gericht.

Artikel 6: Ersetzung des Vermögens einer Organisation durch eine Ausgliederung

1. Um die Fortführung der von der Organisation ausgeübten Tätigkeiten zu gewährleisten, werden die Aktiva durch eine Ausgliederung gemäß den Bestimmungen von Artikel 115 des Föderalen Gesetzes Nr. 127-FZ vom 26. Oktober 2002 "Über die Insolvenz (Konkurs)" ersetzt, vorbehaltlich der in diesem Artikel vorgesehenen Besonderheiten.

2. Bei der Ersetzung des Vermögens der Organisation auf der Grundlage ihres Eigentums entsteht eine wirtschaftliche Gesellschaft, deren einziger Gesellschafter (Aktionär) die Organisation wird.

Das gesamte Eigentum (einschließlich der Eigentumsrechte) der Organisation wird in der Reihenfolge der Gesamtrechtsnachfolge durch eine Übertragungsurkunde auf diese wirtschaftliche Einheit übertragen. Der Beschluss über die Ausgliederung wird von der Außenverwaltung gefasst und der Übertragungsakt genehmigt.

3. Das übertragene Eigentum umfasst unter anderem ausschließliche Rechte an den Ergebnissen geistiger Tätigkeit, Warenzeichen und Dienstleistungsmarken, Rechte zur Nutzung der Ergebnisse geistiger Tätigkeit, Warenzeichen und

интеллектуальной деятельности, товарные знаки и знаки обслуживания, принадлежащие лицам, подпадающим под критерии, предусмотренные частью 10 статьи 3 настоящего Федерального закона, права использования которых ранее предоставлены организации.

4. Величина уставного капитала создаваемого хозяйственного общества определяется решением внешней администрации и устанавливается в размере, равном ликвидационной стоимости имущества, передаваемого этому обществу, определенной по результатам проведения его оценки.

5. Лицензии на осуществление отдельных видов деятельности, имеющиеся у организации, подлежат переоформлению на хозяйственное общество в порядке, установленном законодательством Российской Федерации.

6. Доля в уставном капитале (акции) созданного на базе имущества организации хозяйственного общества включаются в состав имущества организации и подлежат продаже на торгах. Ликвидационная стоимость указанной доли в уставном капитале (акций) признается равной ликвидационной стоимости переданного хозяйственному обществу имущества, оценка которого проведена в соответствии с частью 4 настоящей статьи.

7. Единоличным исполнительным органом (руководителем) созданного на базе имущества организации хозяйственного общества является внешняя администрация либо иное лицо, назначаемое на должность и отстраняемое от должности внешней администрацией. Руководитель вновь созданного хозяйственного общества обязан перезаключить трудовые договоры с работниками ликвидируемой организации.

Устав создаваемого на базе имущества организации хозяйственного общества утверждается внешней администрацией.

8. К отношениям, возникающим при реорганизации в форме выделения, предусмотренной настоящей статьей, правила,

Дienstleistungsmarken, die der Organisation gehören.

Das Eigentum umfasst auch die ausschließlichen Rechte an den Ergebnissen der geistigen Tätigkeit, an Warenzeichen und Dienstleistungsmarken, die Personen gehören, die unter die in Teil 10 von Artikel 3 dieses Bundesgesetzes festgelegten Kriterien fallen, und deren Nutzungsrechte zuvor der Organisation gewährt wurden.

4. Der Wert des genehmigten Kapitals der zu gründenden wirtschaftlichen Gesellschaft wird durch einen Beschluss der externen Verwaltung festgelegt und entspricht dem Liquidationswert des Vermögens, das in diese Gesellschaft eingebracht wird, der entsprechend den Ergebnissen ihrer Bewertung festgelegt wird.

5. Lizenzen zur Ausübung bestimmter Arten von Tätigkeiten, über die die Organisation verfügt, werden dem Unternehmen in der durch die Gesetzgebung der Russischen Föderation festgelegten Reihenfolge neu erteilt.

6. Die Anteile am genehmigten Kapital (Aktien) der wirtschaftlichen Gesellschaft, die auf der Grundlage des Vermögens der Organisation geschaffen wurden, gehören zum Vermögen der Organisation und sind Gegenstand der Versteigerung. Der Liquidationswert des genannten Anteils am genehmigten Kapital (Aktien) wird mit dem Liquidationswert des auf die wirtschaftliche Gesellschaft übertragenen Vermögens gleichgesetzt, der gemäß Teil 4 dieses Artikels bewertet wurde.

7. Alleiniges Exekutivorgan (Leiter) einer wirtschaftlichen Gesellschaft, die auf der Grundlage des Vermögens der Organisation gegründet wurde, ist die externe Verwaltung oder eine andere Person, die zu diesem Posten ernannt und von der externen Verwaltung entlassen wird. Der Leiter des neu gegründeten Wirtschaftsbeteiligten ist verpflichtet, die Arbeitsverträge mit den Beschäftigten der aufgelösten Organisation neu auszuhandeln.

Die Satzung der wirtschaftlichen Gesellschaft, die auf der Grundlage des Vermögens der Organisation

установленные статьей 60 Гражданского кодекса Российской Федерации и статьей 13.1 Федерального закона от 8 августа 2001 г. № 129-ФЗ «О государственной регистрации юридических лиц и индивидуальных предпринимателей», а также положениями других законодательных актов Российской Федерации о гарантиях прав кредиторов при реорганизации, не применяются.

Статья 7. Досрочное прекращение полномочий внешней администрации

1. До истечения срока полномочий внешней администрации, введенной по заявлению, поданному в связи с наличием основания, предусмотренного пунктом 2 части 3 статьи 1 настоящего Федерального закона, участниками (акционерами) организации, владеющими более чем пятьдесятю процентами голосующих акций (долей в уставном капитале) организации, может быть подано в суд заявление о досрочном прекращении полномочий внешней администрации в связи с их отказом от прекращения деятельности организации и обязательством возобновить и (или) продолжить ее деятельность на территории Российской Федерации, в том числе в связи планируемым отчуждением или передачей в доверительно управление акций (долей в уставном капитале) организации лицам, не подпадающим под критерии, предусмотренные пунктом 1 части 3 статьи 1 настоящего Федерального закона, принявшим на себя такие обязательства. Указанное заявление подлежит рассмотрению судом в течение десяти рабочих дней со дня его поступления.

2. Суд принимает решение о досрочном прекращении полномочий внешней администрации, если будут представлены убедительные доказательства реальности намерений устранить обстоятельства, послужившие основанием для назначения внешней администрации, а также компенсации затрат на деятельность внешней администрации. Полномочия внешней администрации действуют до избрания нового руководителя органами управления организации.

gegründet wurde, wird von der externen Verwaltung genehmigt. 8.

8. Die durch Artikel 60 des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation und Artikel 13.1 des Föderalen Gesetzes Nr. 129-FZ vom 8. August 2001 "Über die staatliche Registrierung von juristischen Personen und Einzelunternehmern" festgelegten Regeln sowie die Bestimmungen anderer Gesetzgebungsakte der Russischen Föderation über die Gewährleistung von Gläubigerrechten bei der Reorganisation finden keine Anwendung auf die bei der Reorganisation in Form der in diesem Artikel vorgesehenen Ausgliederung entstehenden Beziehungen.

Artikel 7: Vorzeitige Beendigung der Befugnisse einer externen Verwaltung

1. Vor Ablauf der Befugnisse der externen Verwaltung, die auf Antrag bei Vorliegen der in Artikel 1 Absatz 3 Satz 2 dieses Föderalen Gesetzes vorgesehenen Gründe eingeführt wurde, kann von Teilnehmern (Aktionären) der Organisation, die mehr als fünfzig Prozent der stimmberechtigten Aktien (Anteile am Satzungskapital) der Organisation halten, bei Gericht ein Antrag auf vorzeitige Beendigung der externen Verwaltung gestellt werden, da sie sich weigern, die Tätigkeit der Organisation einzustellen, und sich verpflichten, ihre Tätigkeit zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufzunehmen und (oder) fortzusetzen. Der Antrag ist innerhalb von zehn Arbeitstagen nach seinem Eingang vom Gericht zu prüfen.

2. Das Gericht entscheidet über die vorzeitige Beendigung der Befugnisse der externen Verwaltung, wenn überzeugende Beweise für die tatsächliche Absicht, die Umstände, die zur Bestellung der externen Verwaltung geführt haben,

3. В случае принятия арбитражным судом решения о досрочном прекращении полномочий внешней администрации в связи с планируемым отчуждением или передачей в доверительное управление акций (долей в уставном капитале) организации такая сделка должна быть совершена не позднее трех месяцев с даты принятия решения судом.

4. В течение шести месяцев с даты принятия судом решения о досрочном прекращении полномочий внешней администрации лицо, которое осуществляло ее полномочия, вправе запрашивать необходимые сведения и документы у организации, лица, которое планирует приобрести (приобрело) или которое планирует принять (получило) в доверительное управление акции (доли в уставном капитале) организации, для подтверждения выполнения условий, предусмотренных частями 1 и 3 настоящей статьи.

Запрошенные сведения и документы предоставляются лицу, которое осуществляло полномочия внешней администрации, в течение семи рабочих дней со дня получения ее запроса.

В случае непредставления запрашиваемых сведений и документов и (или) выявления невыполнения указанных требований и (или) наличия (сохранения) обстоятельств, послуживших основанием для назначения внешней администрации, лицо, которое осуществляло полномочия внешней администрации, вправе обратиться в суд с заявлением о назначении внешней администрации с одновременным принятием решения о принудительной ликвидации или банкротстве организации в порядке, предусмотренном статьей 8 настоящего Федерального закона.

Статья 8. Ликвидация либо банкротство организации

1. Внешняя администрация обязана обратиться в суд с заявлением о принудительной ликвидации организации, а если организация имеет признаки банкротства – с заявлением о признании ее банкротом:

zu beheben, sowie für die Entschädigung für die Kosten der externen Verwaltung vorgelegt werden. Die Befugnisse der externen Verwaltung bleiben bis zur Wahl eines neuen Leiters durch die Leitungsgremien der Organisation in Kraft.

3. Entscheidet das Schiedsgericht, dass die Befugnisse der externen Verwaltung im Zusammenhang mit der geplanten Veräußerung oder Übertragung von Anteilen (Beteiligungen am Satzungskapital) der Organisation in die treuhänderische Verwaltung enden, muss eine solche Transaktion spätestens drei Monate nach dem Datum der Gerichtsentscheidung erfolgen.

4. Innerhalb von sechs Monaten ab dem Datum der gerichtlichen Entscheidung über die vorzeitige Beendigung der Befugnisse der externen Verwaltung hat die Person, die ihre Befugnisse ausgeübt hat, das Recht, die notwendigen Informationen und Dokumente von der Organisation, der Person, die beabsichtigt, die Aktien (Anteile am Satzungskapital) der Organisation für die treuhänderische Verwaltung zu erwerben (erworben) oder zu übernehmen (erhalten), anzufordern, um die Einhaltung der Bedingungen, die in den Teilen 1 und 3 dieses Artikels festgelegt sind, zu bestätigen.

Die angeforderten Informationen und Unterlagen werden der Person, die die Befugnisse der externen Verwaltung ausgeübt hat, innerhalb von sieben Arbeitstagen nach Eingang des Antrags zur Verfügung gestellt.

В случае непредставления запрашиваемых сведений и документов и (или) выявления невыполнения указанных требований и (или) наличия (сохранения) обстоятельств, послуживших основанием для назначения внешней администрации, лицо, которое осуществляло полномочия внешней администрации, вправе обратиться в суд с заявлением о назначении внешней администрации с одновременным принятием решения о принудительной ликвидации или банкротстве организации в порядке, предусмотренном статьей 8 настоящего Федерального закона.

если она назначена по основаниям, предусмотренным пунктом 1 части 3 настоящего Федерального закона – не ранее проведения замещения активов организации, но не позднее пяти рабочих дней после его проведения;

если она назначена по основаниям, предусмотренным пунктом 2 части 3 настоящего федерального закона – не ранее десяти, но не позднее, семи рабочих дней до истечения срока ее полномочий.

К такому заявлению внешняя администрация прикладывает проект порядка, сроков и условий продажи акций (долей в уставном капитале) хозяйственного общества, которое создается в результате замещения активов организации. Указанное заявление подлежит рассмотрению судом не позднее пяти рабочих дней со дня его поступления в суд.

В рассмотрении судом указанного заявления вправе участвовать также участники (акционеры) и бывший руководитель организации, уполномоченный орган и кредиторы, чьи требования включены в реестр, которые вправе представить замечания и возражения на порядок продажи, представленный внешней администрацией.

2. В случае принятия судом решения о принудительной ликвидации организации или признании организации банкротом он возлагает функции ликвидатора или конкурсного управляющего соответственно на внешнюю администрацию с продлением ее полномочий на период ликвидации или конкурсного производства.

Одновременно суд утверждает порядок, сроки и условия продажи акций (долей в уставном капитале) хозяйственного общества, которое будет создано в результате замещения активов организации.

3. Ликвидация и конкурсное производство в отношении организации осуществляются в

Artikel 8: Liquidation oder Konkurs der Organisation

1. Die externe Verwaltung ist verpflichtet, bei Gericht einen Antrag auf Zwangsliquidation der Organisation zu stellen, und wenn die Organisation Anzeichen von Konkurs aufweist, einen Antrag auf Konkurseröffnung:

wenn er aus den in Teil 3 Satz 1 dieses Föderalgesetzes genannten Gründen ernannt wird - nicht früher als bei der Ersetzung des Vermögens der Organisation, spätestens jedoch fünf Arbeitstage nach der Ersetzung;

wenn sie aus den in Teil 3 Satz 2 dieses Föderalgesetzes genannten Gründen ernannt werden - frühestens zehn, spätestens sieben Werkstage vor Ablauf der Amtszeit.

Die externe Verwaltung fügt diesem Antrag einen Entwurf des Verfahrens und der Bedingungen für den Verkauf von Anteilen (Anteilen am genehmigten Kapital) der wirtschaftlichen Einheit bei, die durch die Ersetzung der Vermögenswerte der Organisation entsteht.

Der Antrag wird vom Gericht spätestens fünf Arbeitstage nach Eingang bei Gericht geprüft.

Die Gesellschafter (Aktionäre) und der ehemalige Leiter der Organisation, das bevollmächtigte Organ und die Gläubiger, deren Forderungen in das Register eingetragen sind und die das Recht haben, Anmerkungen und Einwände gegen den von der externen Verwaltung vorgelegten Verkaufsantrag einzureichen, sind ebenfalls berechtigt, an der gerichtlichen Überprüfung des genannten Antrags teilzunehmen.

2. Beschließt das Gericht die Zwangsliquidation der Organisation oder die Eröffnung des Konkurses, überträgt es die Aufgaben des Liquidators bzw. des Konkursverwalters an eine externe Verwaltung, die ihre Befugnisse für die Dauer des Liquidations- oder Konkursverfahrens erweitert.

порядке и в соответствии с процедурами, которые предусмотрены Федеральным законом от 26 октября 2002 г. № 127-ФЗ «О несостоятельности (банкротстве)» для конкурсного производства, с особенностями, установленными настоящим Федеральным законом, если иное не вытекает из существа отношений.

4. Предусмотренные Федеральным законом от 26 октября 2002 г. № 127-ФЗ «О несостоятельности (банкротстве)» процедуры наблюдения, финансового оздоровления и внешнего управления к организации не применяются.

5. При ликвидации организации не применяются правила глав III.1 и III.2 Федерального закона от 26 октября 2002 г. № 127-ФЗ «О несостоятельности (банкротстве)».

6. Для целей определения текущих платежей организации в соответствии со статьей 5 Федерального закона от 26 октября 2002 г. № 127-ФЗ «О несостоятельности (банкротстве)» вместо даты принятия заявления о признании должника банкротом используется дата возбуждения дела о назначении внешней администрации.

7. Собрание кредиторов организации в процедурах ее ликвидации или конкурсного производства не проводятся.

8. Отчет о результатах ликвидации организации с приложением ликвидационного баланса подлежит утверждению судом.

Статья 9. Продажа акций (долей в уставном капитале) созданного путем замещения активов хозяйственного общества

1. Торги по продаже акциями (долями в уставном капитале) созданного путем замещения активов организации хозяйственного общества подлежат проведению в порядке, предусмотренном пунктами 4 – 20 статьи 110 Федерального закона от 26 октября 2002 г. № 127-ФЗ «О несостоятельности (банкротстве)», с учетом особенностей, предусмотренных настоящей статьей.

Gleichzeitig genehmigt das Gericht das Verfahren und die Bedingungen für den Verkauf von Aktien (Anteilen am genehmigten Kapital) der wirtschaftlichen Einheit, die durch die Ersetzung von Vermögenswerten der Organisation geschaffen werden soll.

3. Liquidations- und Konkursverfahren in Bezug auf eine Organisation werden in der Art und Weise und gemäß den Verfahren durchgeführt, die im Föderalen Gesetz Nr. 127-FZ vom 26. Oktober 2002 "Über Insolvenz (Konkurs)" für Konkursverfahren vorgesehen sind, mit den in diesem Föderalen Gesetz festgelegten Einzelheiten, sofern sich aus dem Inhalt der Beziehung nichts anderes ergibt.

4. Gemäß dem föderalen Gesetz vom 26. Oktober 2002 Nr. 127-FZ "Über Insolvenz (Konkurs)" werden die Verfahren der Aufsicht, der finanziellen Verbesserung und der externen Verwaltung nicht auf die Organisation angewandt.

5. Die Vorschriften der Kapitel III.1 und III.2 des Föderalen Gesetzes № 127-FZ vom 26. Oktober 2002 "Über Insolvenz (Konkurs)" werden bei der Liquidation der Organisation nicht angewendet.

6. Für die Bestimmung der laufenden Zahlungen einer Organisation gemäß Artikel 5 des Föderalen Gesetzes Nr. 127-FZ vom 26. Oktober 2002 "Über die Insolvenz (Konkurs)" wird das Datum der Einleitung des Verfahrens zur Bestellung einer externen Verwaltung anstelle des Datums der Annahme eines Antrags auf Konkurseröffnung verwendet.

7. Eine Gläubigerversammlung für eine Organisation, die sich in Liquidation oder Konkurs befindet, findet nicht statt.

8. Der Bericht über die Ergebnisse der Liquidation der Organisation, dem die Liquidationsbilanz beigefügt ist, muss vom Gericht genehmigt werden.

Artikel 9: Veräußerung von Aktien (Anteilen am Satzungskapital) einer wirtschaftlichen Gesellschaft, die im Wege der Substitution von Vermögenswerten gegründet wurde

2. Сообщение о проведении торгов должно быть опубликовано в порядке, установленном статьей 110 Федерального закона от 26 октября 2002 г. № 127-ФЗ «О несостоятельности (банкротстве)», в течение пяти рабочих дней с даты принятия судом решения о принудительной ликвидации или банкротстве организации и утверждении порядка продажи и не позднее чем за пятнадцать рабочих дней до начала проведения торгов.
3. Срок представления заявок на участие в торгах должен составлять не менее чем десять рабочих дней со дня опубликования сообщения о проведении торгов.
4. Организатором торгов выступает внешняя администрация.
5. Начальная цена акций (долей в уставном капитале) устанавливается в размере ликвидационной стоимости, определенной в результате проведения его оценки.
6. Торги проводятся путем последовательного поэтапного изменения (повышения, понижения) начальной цены на один шаг торгов, при этом в ходе каждого этапа может быть представлено только одно предложение о цене, равной цене этого этапа.
7. Ценой первого этапа является указанная в сообщении о торгах начальная цена, кроме случая, когда одна или несколько заявок на участие в торгах содержат предложение о цене, превышающей начальную. В этом случае цена первого этапа признается равной максимальной цене, предложенной в заявках на участие в торгах.
8. Участник торгов, заявка которого на участие в торгах содержит предложение о цене, равной цене этапа, считается представившим предложение о цене в ходе этого этапа. Если имеется несколько таких заявок, то представившим предложение о цене считается участник, заявка которого представлена первой. Участник торгов вправе в ходе торгов представлять предложение о цене,
 1. Für die Veräußerung von Aktien (Anteilen am genehmigten Kapital), die durch die Ersetzung von Vermögenswerten einer wirtschaftlichen Einheit zustande gekommen sind, gilt das in den Absätzen 4 bis 20 von Artikel 110 des Föderalen Gesetzes vom 26. Oktober 2002 Nr. 127-FZ "Über die Zahlungsunfähigkeit (Konkurs)" festgelegte Verfahren, wobei die in diesem Artikel aufgeführten Besonderheiten zu berücksichtigen sind.
 2. Die Bekanntmachung der Kaufangebote muss in der in Artikel 110 des Föderalen Gesetzes vom 26. Oktober 2002 № 127-FZ "Über Insolvenz (Konkurs)" vorgeschriebenen Weise innerhalb von fünf Arbeitstagen ab dem Datum der gerichtlichen Entscheidung über die unfreiwillige Liquidation oder den Konkurs und der Genehmigung des Verkaufsverfahrens und spätestens fünfzehn Arbeitstage vor Beginn der Auktion veröffentlicht werden.
 3. Die Frist für die Abgabe von Geboten beträgt mindestens zehn Arbeitstage ab dem Tag der Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auktion.
 4. Die externe Verwaltung ist der Veranstalter der Auktion.
 5. Der Anfangspreis der Aktien (Anteile am genehmigten Kapital) wird in Höhe des Liquidationswerts festgelegt, der im Ergebnis der Bewertung ermittelt wird.
 6. Die Abgabe von Geboten erfolgt durch schrittweise Änderung (Erhöhung, Senkung) des Ausgangspreises um einen Gebotsschritt, wobei in jedem Schritt nur ein Angebot zu einem Preis abgegeben werden darf, der dem Preis dieses Schrittes entspricht.
 7. Der Preis der ersten Stufe ist der in der Bekanntmachung über den wettbewerblichen Verkauf angegebene Anfangspreis, es sei denn, eines oder mehrere Gebote für die Teilnahme am wettbewerblichen Verkauf enthalten ein Angebot für einen höheren Preis als den Anfangspreis. In diesem Fall ist der Preis der ersten Stufe gleich dem Höchstpreis der Angebote.

превышающее цену, указанную в его заявке на участие в торгах (кроме этапа торгов, в ходе которого участник торгов считается представившим предложение о цене в соответствии с абзацем вторым настоящего пункта).

9. В случае представления в ходе первого или любого следующего этапа предложения о цене торги далее проводятся только путем последовательного поэтапного повышения цены. В этом случае вне зависимости от окончания соответствующего этапа торгов этот этап прекращается и осуществляется переход к следующему этапу, цена которого увеличивается на один шаг торгов от цены предыдущего этапа.

10. Если в течение первого этапа не было представлено предложение о цене, осуществляется последовательное поэтапное понижение цены до тех пор, пока не будет представлено предложение о цене.

11. Цена каждого следующего этапа уменьшается на шаг торгов от цены предыдущего этапа.

12. Если в ходе этапа, следующего за этапом, в ходе которого было представлено предложение о цене, не было представлено иное предложение о цене, торги завершаются и их победителем признается участник торгов, последним представивший предложение о цене.

13. По результатам этапа, цена которого равна минимальной цене продажи, торги завершаются и их победителем признается участник торгов, первым представивший заявку на участие в торгах, содержащую предложение о цене, равной минимальной цене продажи.

14. Представленное участником торгов в ходе торгов предложение о цене подлежит отклонению, если оно не соответствует цене соответствующего этапа торгов или если этим участником было представлено предложение о цене на предыдущем этапе.

15. Длительность этапа торгов на повышение должна составлять один час, а торгов на понижение один рабочий день.

8. Der Bieter, dessen Gebot ein Preisangebot in Höhe des Preises der jeweiligen Stufe enthält, gilt als Bieter, der ein Preisangebot in dieser Stufe abgegeben hat.

Liegt mehr als ein solches Angebot vor, so gilt der Bieter, dessen Angebot zuerst abgegeben wurde, als derjenige, der das Preisangebot abgegeben hat. Ein Bieter hat das Recht, ein Preisangebot zu unterbreiten, das über den in seinem Antrag auf Teilnahme an der Auktion angegebenen Preis hinausgeht (mit Ausnahme der Phase, in der der Bieter als Bieter gilt, der ein Preisangebot gemäß dem zweiten Absatz dieser Klausel abgegeben hat).

9. Wird in der ersten oder einer späteren Phase ein Preisangebot abgegeben, so wird das Gebot nur noch durch schrittweise Preiserhöhungen weitergeführt.

In diesem Fall wird die betreffende Phase der Ausschreibung unabhängig von ihrem Ende beendet und die folgende Phase eingeleitet. Stufe, deren Preis um eine Stufe gegenüber dem Preis der vorherigen Stufe erhöht wird.

10. Wurde in der ersten Stufe kein Preisangebot vorgelegt, werden die Preise schrittweise gesenkt, bis ein Preisangebot vorgelegt wird.

11. Der Preis jeder nachfolgenden Stufe wird um einen Gebotschritt vom Preis der vorherigen Stufe reduziert.

12. Wird in der Phase, die auf die Phase folgt, in der das Preisangebot abgegeben wurde, kein weiteres Preisangebot abgegeben, wird die Ausschreibung beendet und der Bieter, der das letzte Preisangebot abgegeben hat, zum Gewinner erklärt.

13. Nach den Ergebnissen der Phase, in der der Preis dem Mindestverkaufspreis entspricht, wird die Auktion beendet, und der Bieter, der als erster ein Angebot in Höhe des Mindestverkaufspreises abgegeben hat, wird zum Gewinner erklärt.

Размер шага торгов должен составлять от одного до пяти процентов начальной цены продажи имущества.

При невозможности дальнейшего понижения цены в размере ранее установленного шага торгов, шаг торгов должен составлять от одного до пяти процентов начальной цены продажи имущества на этапе торгов, после которого дальнейшее понижение цены в соответствии с ранее установленным шагом торгов оказалось невозможным.

16. Преимущественное право приобретения акций (долей в уставном капитале) имеют лица, основной вид деятельности которых совпадает с основным видом деятельности организации. Сведения о наличии у лица такого права подлежат указанию им в заявке на участие в торгах.

Лицо, имеющее преимущественное право, в ходе любого этапа торгов вправе представить предложение о цене, равной цене, представленной другим участником торгов (кроме случая, когда таким участником является иное лицо, имеющее преимущественное право) на предыдущем этапе, и признается победителем торгов в отсутствие предложения о более высокой цене, представленного другим участником торгов на этом этапе.

В ходе каждого этапа торгов может быть представлено только одно предложение о цене лицом, имеющим преимущественное право, и в случае представления такого предложения этап торгов, в ходе которого оно представлено, начинается заново.

17. Победитель торгов обязан уплатить цену, определенную на торгах, в срок, который предусмотрен в сообщении о проведении торгов, и не может превышать месяц с даты заключения договора купли-продажи.

18. К участию в торгах не допускаются участники (акционеры) организации и их аффилированные лица.

19. Обязательными условиями участия в торгах является обязательство участников торгов в

14. Das vom Bieter während der Auktionsphase abgegebene Preisangebot wird zurückgewiesen, wenn es nicht dem Preis der jeweiligen Auktionsphase entspricht oder wenn dieser Bieter in der vorherigen Phase ein Preisangebot abgegeben hat.

15. Die Dauer der Aufwärtsphase beträgt eine Stunde und die der Abwärtsphase einen Arbeitstag. Die Gebotsstufe liegt zwischen einem und fünf Prozent des ursprünglichen Verkaufspreises der Immobilie.

Wenn es nicht möglich ist, den Preis in Höhe des zuvor festgelegten Gebotsschritts weiter zu senken, beträgt der Gebotsschritt ein bis fünf Prozent des anfänglichen Verkaufspreises der Immobilie in der Gebotsstufe, nach der es nicht möglich ist, den Preis in Übereinstimmung mit dem zuvor festgelegten Gebotsschritt weiter zu senken.

16. Das Vorkaufsrecht zum Erwerb von Aktien (Anteilen am Satzungskapital) haben Personen, deren Haupttätigkeit mit der Haupttätigkeit der Organisation identisch ist. Informationen über dieses Recht müssen von der Person in ihrem Antrag auf Teilnahme an der Ausschreibung angegeben werden.

Ein Vorkaufsberechtigter hat das Recht, ein Angebot zu einem Preis abzugeben, der dem Preis entspricht, den der andere Bieter (es sei denn, es handelt sich um einen anderen Vorkaufsberechtigten) in der vorangegangenen Phase abgegeben hat, und gilt als Gewinner der Auktion, wenn der andere Bieter in dieser Phase kein höheres Preisangebot abgegeben hat.

Der Vorkaufsberechtigte darf in jeder Phase des Angebots nur ein einziges Preisangebot unterbreiten; wird ein solches Angebot unterbreitet, so wird die Phase des Angebots, in der es unterbreitet wurde, wieder aufgenommen.

17. Der Gewinner der Auktion ist verpflichtet, den in der Auktion festgesetzten Preis innerhalb der in der Auktionsmitteilung angegebenen Frist zu zahlen, die

случае победы на торгах обеспечивать сохранение не менее двух третей рабочих мест и продолжение деятельности, которую ведет организация, на территории Российской Федерации, в течение не менее одного года. Внешняя администрация заключает с победителем торгов соглашение об исполнении условий, указанных в настоящем пункте.

20. В течение одного года с даты с даты заключения договора купли-продажи акций (долей в уставном капитале) организации лицом, которое осуществляло полномочия внешней администрации, вправе запрашивать у покупателя необходимые сведения и документы для подтверждения выполнения условий, предусмотренных частью 19 настоящей части. Запрошенные сведения и документы предоставляются покупателем лицу, которое осуществляло полномочия внешней администрации, в течение семи рабочих дней со дня получения ее запроса.

21. В случае непредставления запрашиваемых сведений и документов и (или) существенного нарушения или неисполнения покупателем соглашения об исполнении условий, указанных в части 19 настоящей статьи, данное соглашение и договор купли-продажи акций (долей в уставном капитале) организации подлежат расторжению судом на основании заявления лица, которое осуществляло полномочия внешней администрации, на основании решения федерального органа исполнительной власти, обеспечивающего реализацию единой государственной политики в отрасли экономики, в которой осуществляет деятельность организация.

В случае расторжения судом данного соглашения и договора купли-продажи акции (доли в уставном капитале) организации такие акции (доли в уставном капитале) подлежат продаже на торгах в соответствии с настоящей статьей. Такие торги проводятся лицом, которое осуществляло полномочия внешней администрации организации и являлось стороной договора. Средства, которые были уплачены по договору купли-продажи акций (долей в уставном капитале) организации лицом, с которым такой

один Monat ab dem Datum des Abschlusses des Kaufvertrags nicht überschreiten darf.

18. Teilnehmer (Aktionäre) der Organisation und ihre verbundenen Unternehmen dürfen sich nicht an dem wettbewerbsorientierten Verkauf beteiligen.

19. Obligatorische Bedingungen für die Teilnahme an der Ausschreibung sind die Verpflichtung der Bieter, im Falle des Zuschlags mindestens zwei Drittel der Arbeitsplätze zu erhalten und die Tätigkeit der Organisation auf dem Gebiet der Russischen Föderation für mindestens ein Jahr fortzusetzen.

Die externe Verwaltung schließt mit dem erfolgreichen Bieter eine Vereinbarung über die Erfüllung der in diesem Abschnitt genannten Bedingungen ab.

20. Die Person, die die Befugnisse der externen Verwaltung ausgeübt hat, hat das Recht, innerhalb eines Jahres ab dem Datum des Abschlusses einer Vereinbarung über den Verkauf und den Kauf von Anteilen (Anteilen am genehmigten Kapital) der Organisation vom Käufer die erforderlichen Informationen und Dokumente zu verlangen, um die Erfüllung der in Teil 19 dieses Teils festgelegten Bedingungen zu bestätigen.

Die angeforderten Informationen und Unterlagen werden der Person, die die Befugnisse der externen Verwaltung ausgeübt hat, vom Käufer innerhalb von sieben Arbeitstagen nach Eingang des Ersuchens zur Verfügung gestellt.

21. Wenn die angeforderten Informationen und Dokumente nicht zur Verfügung gestellt werden und (oder) der Käufer die Vereinbarung über die Erfüllung der in Absatz 19 dieses Artikels genannten Bedingungen nicht einhält, werden die Vereinbarung und der Vertrag über den Verkauf von Aktien (Anteilen am Satzungskapital) der Organisation auf Antrag der Person, die die Befugnisse der Außenverwaltung ausgeübt hat, auf der Grundlage des Beschlusses des föderalen Exekutivorgans, das die Umsetzung der einheitlichen staatlichen Politik im Wirtschaftssektor, in dem die Außenverwaltung tätig ist, sicherstellt, gerichtlich aufgelöst. Im Falle der gerichtlichen Aufhebung dieser Vereinbarung und des Kaufvertrags über die Aktien

договор расторгнут, возмещаются этому лицу в пределах выручки от продажи акций (долей в уставном капитале) на торгах, проведенных в соответствии с абзацем вторым настоящего пункта, за вычетом убытков, причиненных нарушением соглашения. Если указанная разница является отрицательной, соответствующая сумма подлежит компенсации лицом, с которым расторгнут договор купли-продажи акции (доли в уставном капитале).

22. Если акции (доли в уставном капитале) организации не были проданы с торгов по минимальной цене продажи, они подлежат приобретению по указанной цене Российской Федерацией.

Статья 10. Рассмотрение судами споров, предусмотренных настоящим Федеральным законом

1. Все споры, предусмотренные настоящим Федеральным законом, подлежат рассмотрению Арбитражным судом города Москвы.

2. Судебные акты по спорам, предусмотренным настоящим Федеральным законом, подлежат немедленному исполнению с даты оглашения резолютивной части и могут быть обжалованы в апелляционном порядке в течение четырнадцати рабочих дней со дня их принятия. Их обжалование не приостанавливает их исполнения.

3. Если участвующее в споре, предусмотренном настоящим Федеральным законом, лицо, в частности, руководитель или участник (акционер) организации, находится или проживает вне пределов Российской Федерации, оно извещается о судебном разбирательстве по его последнему известному адресу в Российской Федерации, а также при наличии необходимых сведений о номере телефона, адресе электронной почты и т.п. - в порядке, предусмотренном частью 3 статьи 121 Арбитражного процессуального кодекса Российской Федерации.

При отсутствии указанных в предыдущем абзаце сведений указанные в нем лица считаются извещенным путем размещения сведений о судебном разбирательстве на официальном сайте

(Аnteile am genehmigten Kapital) der Organisation werden diese Aktien (Anteile am genehmigten Kapital) nach Maßgabe dieses Artikels versteigert. Diese Versteigerung wird von einer Person durchgeführt, die die Befugnisse der Außenverwaltung der Organisation ausübt und an der Vereinbarung beteiligt war. Gelder, die im Rahmen des Vertrags über den Verkauf von Aktien (Anteilen am genehmigten Kapital) der Organisation von der Person gezahlt wurden, mit der ein solcher Vertrag gekündigt wird, werden dieser Person im Rahmen des Erlöses aus dem Verkauf von Aktien (Anteilen am genehmigten Kapital) bei der Versteigerung gemäß Absatz 2 dieses Absatzes abzüglich der durch Vertragsbruch verursachten Verluste erstattet. Ist diese Differenz negativ, so wird der entsprechende Betrag von der Person, mit der der Kaufvertrag über die Aktie (Anteil am genehmigten Kapital) beendet wurde, ausgeglichen.

22. Wenn die Aktien (Anteile am genehmigten Kapital) der Organisation bei der Versteigerung nicht zum Mindestpreis verkauft wurden, unterliegen sie dem Erwerb durch die Russische Föderation zu dem festgelegten Preis.

Artikel 10. Die gerichtliche Behandlung von Streitigkeiten, die in diesem Bundesstreitverfahren vorgesehen sind

1. Alle durch dieses Föderale Gesetz festgelegten Streitigkeiten unterliegen der Prüfung durch das Schiedsgericht der Stadt Moskau.

2. Die in diesem Bundesgesetz vorgesehenen gerichtlichen Entscheidungen über Streitigkeiten sind ab dem Tag der Verkündung des Tenors sofort vollstreckbar und können innerhalb von vierzehn Arbeitstagen ab dem Tag ihrer Verabschiedung mit Rechtsmitteln angefochten werden. Ihr Rechtsbehelf bewirkt keine Aussetzung ihrer Vollstreckung.

3. Ist eine Person, die an einer Streitigkeit nach diesem Bundesgesetz beteiligt ist, insbesondere ein Leiter oder Teilnehmer (Aktionär) einer Organisation, außerhalb der Russischen Föderation ansässig oder wohnt er/sie außerhalb der Russischen Föderation, so wird ihm/ihr das Gerichtsverfahren an seiner/ihrer letzten bekannten

арбитражного суда в информационно-телекоммуникационной сети «Интернет».

Статья 11.

Положения настоящего Федерального закона не применяются к кредитным и страховым организациям и негосударственным пенсионным фондам, за исключением положений статей 6 и 9 настоящего Федерального закона, которые могут ходатайству Банка России могут быть применены судом при ликвидации или в ходе конкурсного производства в отношении указанных организаций.

Статья 12

1. Настоящий Федеральный закон вступает в силу со дня его официального опубликования.
2. Настоящий Федеральный закон применяется в том числе в случае совершения действий, предусмотренных частью 3 настоящей статьи 1 Федерального закона, до вступления в силу настоящего Федерального закона.

Президент
Российской Федерации

Adresse in der Russischen Föderation zugestellt, und es werden die erforderlichen Angaben über Telefonnummer, E-Mail-Adresse usw. gemacht. - in der durch Artikel 121 Absatz 3 der Schiedsgerichtsordnung der Russischen Föderation vorgeschriebenen Weise.

In Ermangelung der im vorstehenden Absatz genannten Angaben gelten die dort genannten Personen durch die Veröffentlichung von Informationen über das Verfahren auf der offiziellen Website des Schiedsgerichts im Informations- und Telekommunikationsnetz "Internet" als zugestellt.

Artikel 11.

Die Bestimmungen dieses Föderalgesetzes gelten nicht für Kredit- und Versicherungsunternehmen und nichtstaatliche Pensionsfonds, mit Ausnahme der Bestimmungen der Artikel 6 und 9 dieses Föderalgesetzes, die von einem Gericht bei der Liquidation oder während eines Konkursverfahrens in Bezug auf die genannten Unternehmen angewendet werden können.

Artikel 12

1. Dieses Föderale Gesetz tritt mit dem Tag seiner amtlichen Veröffentlichung in Kraft.
2. Das vorliegende Föderalgesetz ist auch auf Handlungen anzuwenden, die in Teil 3 dieses Artikels 1 des Föderalgesetzes vor dem Inkrafttreten des vorliegenden Föderalgesetzes vorgesehen sind.

Präsident
der Russischen Föderation

Winfuture.de

Russland gibt Patente „feindlicher Staaten“ für die eigene Wirtschaft frei

Russland hat auf die umfassenden Embargo-Maßnahmen reagiert und die Verletzung von Patentrechten legalisiert. Laut einem neuen Dekret, das die Regierung in Moskau verabschiedet hat, wird die nichtautorisierte Nutzung nicht mehr verfolgt.

Das gilt zumindest für Patente, die von Unternehmen oder Personen gehalten werden, die zu „feindlichen“ Staaten gehören, wie aus einem Bericht der Washington Post hervorgeht. Darüber hinaus wurden auch Beschränkungen für die Nutzung von registrierten Markennamen gelockert, so dass es beispielsweise den bisherigen Franchise-Nehmern möglich ist, etwa eine McDonalds-Filiale einfach weiter zu betreiben, obwohl sich der Fast-Food-Konzern aus dem russischen Markt zurückgezogen hat.

Welche Auswirkungen die faktische Aufhebung des Patentschutzes für den russischen Markt haben wird, lässt sich derzeit noch nicht genau absehen. Auf der einen Seite kann hier natürlich ein gewisser Schaden für die Rechteinhaber entstehen, doch wurden die Schutzrechte in dem Land bisher ohnehin nicht besonders strikt geschützt - im letzten Jahr gehörte Russland zu neun Ländern, die aufgrund dessen seitens der US-Regierung sowieso schon unter besonderer Beobachtung standen.

Seitens des russischen Wirtschaftsministeriums begründet man die Maßnahme damit, dass man so die Auswirkungen der Sanktionen abmildern wolle. Kurzfristig dürfte die Sache eher symbolischer Natur sein. Denn auch die Aufhebung des Patentschutzes wird kaum dazu führen, dass russische Unternehmen insbesondere High-Tech-Importe ersetzen können, die aufgrund des internationalen Embargos nun ausbleiben.

Selbst mittelfristig wäre es fraglich, ob dies gelingt, denn die russische Wirtschaft kann nur in wenigen Bereichen technologisch mit westlichen oder asiatischen Ländern mithalten und ist in diesen dann oft auch von den dort entwickelten Produktionsanlagen abhängig. Eine eigene autarke Kette von der Rohstoffgewinnung bis hin zum komplexen Endprodukt gibt es nahezu überhaupt nicht.

5. Sanktionen der USA

US-Sanktionen in Abstimmung mit der EU und den G7

Die Staats- und Regierungschefs der USA, der EU und der G7 haben sich dazu verpflichtet, dafür zu sorgen, dass Russland keine Finanzmittel von multilateralen Finanzinstitutionen wie dem IWF, der Weltbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung mehr erhält.

Verlautbarung der G7:

[Joint Statement by the G7 Announcing Further Economic Costs on Russia | The White House](#)

Darüber hinaus stellten die USA nach Angaben des Verbindungsbüros der deutschen Wirtschaft in Washington RGIT mehrere innenpolitische Initiativen zur Sanktionierung vor:

- Präsident Joe Biden forderte den Kongress auf, die ständigen normalen Handelsbeziehungen (PNTR) mit Russland aufzuheben. Sowohl die Republikaner als auch die Demokraten im Kongress haben ihre Unterstützung für diese Art von Gesetzgebung zum Ausdruck gebracht. Nach ihrer Verabschiedung würden die USA Russland nicht mehr als meistbegünstigte Nation behandeln (MFN). Infolgedessen würden die US-Zölle auf russische Einfuhren steigen.
- Eine neue Anordnung der Exekutive verbietet die Ausfuhr von Luxusgütern wie hochwertigen Uhren, Fahrzeugen, Kleidung, Alkohol und Schmuck an Personen in Russland und Weißrussland. Diese Ausfuhrbeschränkungen belaufen sich auf fast 550 Millionen Dollar pro Jahr und zielen auf die russischen Eliten ab.

[Executive Order on Prohibiting Certain Imports, Exports, and New Investment with Respect to Continued Russian Federation Aggression | The White House](#)

- Die Verfügung verbietet auch die Einfuhr von Waren aus bestimmten Bereichen der russischen Wirtschaft wie Meeresfrüchte, Spirituosen/Wodka und Diamanten. Es wird erwartet, dass Russland durch dieses Einfuhrverbot Exporteinnahmen in Höhe von mehr als 1 Milliarde Dollar entgehen.
- Neue US-Investitionen in den russischen Energiesektor sind bereits eingeschränkt, und die Exekutivanordnung schafft nun die rechtliche Grundlage für eine mögliche Ausweitung des Investitionsverbots auf andere Sektoren.
- Künftige Leitlinien werden darauf hinweisen, dass das Finanzministerium die Umgehung von Sanktionen, auch durch Transaktionen mit virtuellen Währungen, überwacht. Anfang

dieser Woche warnte das Financial Crimes Enforcement Network (FinCEN) die Finanzinstitute davor, sich vor Umgehungsversuchen in Acht zu nehmen.

[FinCEN Alert, FIN-2022-Alert001, March 7, 2022](#)

Fact-Sheet zu den neuen EU/US-Sanktionen:

[FACT SHEET: United States, European Union, and G7 to Announce Further Economic Costs on Russia | The White House](#)

Ausnahmegenehmigungen:

Das OFAC hat zu Russland- und Ukraine-Sanktionen die folgenden General Licenses veröffentlicht:

[General License 17](#), [General License 18](#), and [General License 19](#) and [Ukraine-related General License 23](#).

Außerdem wurde der FAQ-Katalog erweitert:

[new Frequently Asked Questions](#) and [amended one Frequently Asked Question](#).

Unternehmen aus den Bereichen Energie, Finanzdienstleistungen, Lebensmittel und Landwirtschaft, Gesundheitswesen, Informationstechnologie, Verteidigungsindustrie und andere kritische Infrastrukturen in den Vereinigten Staaten müssen aufgrund des vom US-Kongress am 10. März 2022 verabschiedeten Cyber Incident Reporting for Critical Infrastructure Act of 2022 (das Gesetz) neue Anforderungen für die Meldung von Cybervorfällen erfüllen. Das Gesetz schreibt unter anderem vor, dass Einrichtungen für kritische Infrastrukturen Cybervorfälle innerhalb von 72 Stunden an die Cybersecurity and Infrastructure Security Agency (CISA) des Department of Homeland Security (DHS) melden und Lösegeldzahlungen als Reaktion auf Ransomware-Angriffe innerhalb von 24 Stunden melden müssen. Das Gesetz enthält auch mehrere Bestimmungen, die die Rolle der CISA als zentrale Koordinierungsstelle für Informationen im Zusammenhang mit Cyberangriffen stärken.

Mehr dazu hier:

[U.S. Congress Passes Cyber Incident and Ransom Payment Reporting Requirement | Morrison & Foerster \(mofo.com\)](#)

Medienberichte:

Redaktionsnetzwerk Deutschland

USA bringen weitere Sanktionen gegen Russland auf den Weg

Die US-Regierung will wegen des Ukraine-Krieges in Abstimmung mit westlichen Partnern weitere Strafmaßnahmen gegen Russland in Gang setzen. US-Präsident Joe Biden kündigte am Freitag in Washington an, er wolle unter anderem in Zusammenarbeit mit dem Kongress die normalen Handelsbeziehungen zu Russland aussetzen. Das würde den Weg für höhere Zölle auf russische Waren freimachen. Geplant seien außerdem ein Verbot des Exports von Luxusgütern nach Russland sowie Einfuhrverbote für russische Güter wie Wodka, Meeresfrüchte oder Diamanten. Außerdem sollen weitere Sanktionen gegen russische Oligarchen verhängt werden. Biden betonte, die USA unternähmen diese Schritte gemeinsam mit den G7-Partnern und der EU.

Mit Blick auf die Handelsbeziehungen mit Russland geht es um handelspolitische Vergünstigungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO), die aufgehoben werden sollen. Hierfür muss in den USA der Kongress tätig werden. Konkret soll Russland der Status als „meistbegünstigte Nation“ entzogen werden. Dieser Grundsatz schreibt die Gleichbehandlung der Länder in der WTO bei Zöllen und anderen Regulierungsmaßnahmen vor.

Aus der Perspektive des US-Außenhandels würde Russland bei einer Aussetzung der normalen Handelsbeziehungen in die gleiche Kategorie wie etwa Kuba oder Nordkorea fallen. Moskau kann diese Maßnahme vor dem Streitschlichtungsausschuss der WTO anfechten.

Das Meistbegünstigungsprinzip („most favoured nation (MFN“) bedeutet, dass Mitglieder der Welthandelsorganisation allen anderen Mitgliedern den gleichen Zugang zu ihrem Markt einräumen müssen - mit wenigen Ausnahmen. Zölle können also in der Regel nicht willkürlich für ein bestimmtes Land höher angesetzt werden. Eine der Ausnahmen ist die nationale Sicherheit. In den Bestimmungen heißt es, dass Länder Maßnahmen treffen können, die „nach ihrer Auffassung zum Schutz ihrer wesentlichen Sicherheitsinteressen notwendig sind in Kriegszeiten oder bei sonstigen ernststen Krisen in den internationalen Beziehungen“.

Russland hatte genau diese Bestimmung vor einigen Jahren ins Feld geführt, nachdem es den Transport von ukrainischen Gütern durch Russland beschränkt hatte. Die Ukraine klagte dagegen. Der Streitschlichtungsausschuss kam zu dem Schluss, dass es Russlands Recht war, diesen Paragraphen in Anspruch zu nehmen.

Handelssanktionen nur gebündelt sinnvoll?

Nun wollen sich die USA und ihre Partner darauf berufen, um die Handelsbeziehungen zu Russland auszusetzen. Die Handelsbeziehungen zwischen den USA und Russland halten sich zwar in Grenzen: Russland war 2019 nach Angaben der US-Regierung auf Rang 20 der

größten Warenlieferanten der Vereinigten Staaten und lieferte demnach vor allem Öl und Gas, Metalle und Chemikalien. Das Weiße Haus betonte aber, gebündelt mit den Maßnahmen der anderen westlichen Partner werde dies der russischen Wirtschaft einen weiteren schweren Schlag versetzen.

Die USA haben seit Beginn des Kriegs in der Ukraine in Abstimmung mit der EU und anderen Verbündeten bereits sehr harte Sanktionen gegen Russland verhängt, unter anderem gegen die größten Banken und auch die russische Zentralbank. Diese setzen der russischen Wirtschaft bereits jetzt zu. Erst vor wenigen Tagen erließen die USA auch ein Importverbot für Öl aus Russland. Außerdem kappen viele amerikanische Unternehmen aus eigenen Stücken ihre Geschäfte mit Russland.

Podcast: Umgang mit Sanktionen

In dieser Folge des englischsprachigen Above Board-Podcasts spricht Morrison & Foerster-Partner und Gastgeber Dave Lynn mit John E. Smith, Co-Leiter der nationalen Sicherheitspraxis von Morrison & Foerster in Washington, D.C., und ehemaliger Direktor des Office of Foreign Assets Control (OFAC) des US-Finanzministeriums, darüber, worauf Vorstände und Unternehmen achten sollten, wenn die USA und andere Länder als Reaktion auf den Krieg in der Ukraine Sanktionen gegen Russland ankündigen. Es werden praktische Hinweise gegeben, z. B. wie Unternehmen den Überblick über diese Sanktionen behalten können und inwieweit ihr Geschäft davon betroffen sein kann.

[Russian Sanctions in Response to the War in Ukraine: Considerations for Public Companies | Morrison & Foerster \(mofo.com\)](#)

6. Sanktionen weiterer Länder

Bermudas

Die Bermudas haben angekündigt, die Zulassung der russischen Flugzeuge, die in dem britischen Überseegebiet zugelassen seien, aufgrund der Sanktionen gegen Moskau auszusetzen. Der Schritt könne kritische Auswirkungen haben, einschließlich der Stilllegung eines beträchtlichen Teils der russischen Flugzeugflotte. Mehr als 700 ihrer Flugzeuge seien auf den Bermudas zugelassen.

7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)

Tagesschau:

[Sanktionen gegen Russland: Massiv, aber nicht immer wirksam | tagesschau.de](https://www.tagesschau.de)

Noch nie hat der Westen derart scharfe Wirtschaftssanktionen gegen Russland verhängt wie jetzt. Die dortige Bevölkerung spürt die Folgen deutlich. Dennoch sind einige Maßnahmen nicht so wirkungsvoll, wie sie zunächst scheinen.

Die Farbe war noch nicht trocken, die Reparaturarbeiten nicht abgeschlossen, die Handwerker noch halb an Bord, da raste die 87 Millionen Euro teure Yacht „Graceful“ die Elbe hinauf. Mit hoher Geschwindigkeit verschwand sie über Nord- und Ostsee schnell in die russische Enklave Kaliningrad am Frischen Haff. „Graceful“ heißt das Nobel-Schiff von Wladimir Putin, das längere Zeit bei der Hamburger Werft Blohm + Voss überholt wurde. Kurz vor dem Angriff auf die Ukraine ließ Putin die Yacht in Sicherheit bringen.

Das versuchten auch zahlreiche russische Oligarchen mit ihren Schiffen - und waren damit recht erfolgreich. Macht und Reichtum mit Luxus zur Schau zu stellen, erfüllt viele russische Geschäftsleute mit Stolz. Selbst wertvollste Gemälde von Monet, die eigentlich ins Museum gehören, schippern so auf russischen Yachten über die Weltmeere. Während sich die Hamburger Behörden schwer damit taten, nach Verhängung der westlichen Wirtschaftssanktionen gegen Russland auch weitere Schiffe in den dortigen Werften zu konfiszieren, fackelten italienische und französische Behörden nicht lange: Sie griffen sofort durch und beschlagnahmten zahlreiche glitzernden Prunk-Schiffe russischer Oligarchen entlang der gesamten Riviera und Côte d'Azur.

Nicht nur die mehr als 860 Personen auf den Sanktionslisten der EU spüren, dass es der Westen dieses Mal ernst meint mit der Reaktion auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine. Auch der Bevölkerung in Russland dämmert, dass die guten Zeiten vorbei sind. In Moskau stürmten die Menschen IKEA-Filialen, nachdem der schwedische Konzern angekündigt hatte, sein Geschäft in Russland einzustellen. Sie zählen zu den umsatzstärksten des Unternehmens. Schnell wurden noch Kochtöpfe, Geschirr und Billy-Regale eingekauft, bevor die Filialen schlossen. Mode-Läden wie Zara, H&M oder Massimo Dutti schlossen ihre Geschäfte. Im Luxuskaufhaus GUM gibt es ganze Etagen mit leeren Regalen. Prada, Gucci oder Louis Vuitton, alle sehr beliebt bei statusbewussten Russen, zogen ihre Waren ab.

Westliche Autohersteller, von VW bis General Motors, schlossen ihre Produktion oder liefern keine Fahrzeuge mehr. Mittlerweile fehlt es an allem: von Henkell Freixenet-Sekt bis zu Smartphones von Apple. Im Heimkino zog Spielfilm-Gigant Netflix den Stecker. Kaum ein westliches Unternehmen, das nicht die Reißleine gezogen hat - häufig aus Image-Gründen, vielfach aus Überzeugung. In russischen Supermärkten gibt es zunehmend Versorgungsprobleme. In vielen Läden sind die Regale leer. Es fehlt an Nudeln, Mehl, Reis und anderen Grundnahrungsmitteln. Viele Einheimische machen Hamsterkäufe, es gibt erste Rationierungen. Selbst der Kreml musste mittlerweile zugeben, die Maßnahmen trafen das

Land spürbar: „Die Sanktionen sind hart, sie bereiten Probleme“, so Sprecher Dmitri Peskow. „Aber Russland hat das nötige Potenzial, um den Schaden auszugleichen.“

Neben der Konsumgüterbranche machte auch der Finanzsektor Ernst: VISA, Mastercard und American Express stellten ihre Geschäfte ein. Wer mit diesen Karten von Russland ins Ausland fahren will, kann dort keine Hotelrechnung bezahlen, keinen Mietwagen buchen und auch nicht Shoppen gehen. Wichtige Reiseländer für Russen wie die Türkei oder Zypern berichten über leere Hotels und verwaiste Strände. Problematisch ist der Einsatz der Karten auch, wenn internationale Onlinehändler bezahlt werden sollen. Die sind bei der Bevölkerung beliebt. Dort funktionieren die Karten nicht mehr. Auch PayPal stellte seinen Dienst ein.

Allerdings sind Russen, die Kreditkarten lieben und gerne bargeldlos zahlen, von den innerrussischen Zahlungssystemen nicht komplett abgeschnitten. Schon nach dem Einmarsch auf die ukrainische Halbinsel Krim ließ der Kreml ein innerrussisches Zahlungssystem einführen - unter dem zynisch anmutenden Namen "Mir": Das heißt "Frieden". "Mir" war von Anfang an aber eher Zwang und Druck: Händler in Russland mussten das System akzeptieren und anbieten, auch wenn sie das gar nicht wollten. Jetzt fungiert das Zahlungssystem tatsächlich als Notmaßnahme. Selbst wenn auf einer Karte das VISA- oder Mastercard-Label prangt, kann sie in der Regel im innerrussischen Zahlungsverkehr weiter eingesetzt werden. Die großen russischen Banken stellen sicher, dass die Zahlung über "Mir" weiter funktioniert. Die Auswirkungen innerhalb des Landes halten sich also in Grenzen. Außerdem bauen die Kreditinstitute auch ihre Kooperation mit dem chinesischen Kreditkarten-Anbieter Unionpay aus. Dadurch können Transaktionen teilweise auch im Ausland wieder abgewickelt werden.

Ähnlich löchrig sind auch die ersten verhängten Sanktionen gegen das Zahlungssystem SWIFT. Es erleichtert international tätigen Unternehmen die Abrechnung erheblich. Binnen kürzester Zeit können dort Forderungen ohne große Überprüfung beglichen werden, weil die angeschlossenen Nutzer als vertrauenswürdig gelten. Operativ übernehmen dann Geschäftsbanken die Transaktion. Zwar befinden sich auf der Sanktionsliste der Institute, die von SWIFT ausgeschlossen wurden, zahlreiche große russische Banken. Doch die Institute, die bei der Abrechnung der Erdgas- und Rohöl-Lieferungen eine bedeutende Rolle spielen, stehen nicht darauf. Dazu gehören die Sberbank und die Gazprombank. Konkret bedeutet dies: Russische Gas- und Öllieferungen können weiter relativ reibungslos bezahlt und abgewickelt werden. "Die westlichen Regierungen waren und sind nicht bereit, eine Energiekrise zu riskieren", sagt Commerzbank-Chefvolkswirt Jörg Krämer. Deshalb seien die zentralen russischen Banken in diesem Sektor nicht auf der Sanktionsliste.

Tatsächlich bezieht Deutschland rund 30 Prozent seines Rohöls aus Russland. Von den russischen Gaslieferungen sind in Europa vor allem Italien und Deutschland hochgradig abhängig. Hierzulande kommen rund 55 Prozent des Gases von dort. Andere wichtige Lieferanten wie die Niederlande und Norwegen können nicht einfach einspringen, weil sie bereits an ihre Kapazitätsgrenzen kommen. Die Europäische Union, die wortgewaltig fordert, die Abhängigkeit in diesem Sektor zu reduzieren, muss selbst kleinklaut zugeben, dass der Weg ziemlich steinig ist. Der für den "Green Deal" zuständige EU-Kommissar Frans Timmermans sagte: "Es ist hart, verdammt hart. Aber es ist möglich." Konkret würde ein sofortiges völliges Abschneiden der russischen Öl- und Gaslieferungen in Deutschland nach

Ansicht von Experten zu Versorgungsengpässen und auch Stromausfällen führen. Die Bundesregierung hat sich deshalb bislang dagegen ausgesprochen, die Maßnahmen entsprechend zu erweitern. Insgesamt sind die SWIFT-Sanktionen gegen Russland also deutlich weniger wirksam als sie auf den ersten Blick scheinen.

Wesentlich schärfer sind die Maßnahmen gegen die russische Zentralbank, die in dieser Form ihresgleichen suchen. Sie unterbinden sämtliche Geschäftstätigkeiten und Interaktionen mit der Notenbank in Moskau. Dadurch werden insbesondere die Devisenreserven eingefroren. Das Land besitzt Rücklagen in Höhe von rund 630 Milliarden US-Dollar. Davon liegt ein großer Teil im Ausland. Auch bei der Bundesbank gibt es ein Geschäftskonto, das aber nur relativ geringe Guthaben aufweisen soll. Die Abschottung einer Zentralbank und die Sperrung ihres Zugangs zu Auslandskonten verursacht tendenziell große Probleme, die auch den innerrussischen Geldmarkt beeinträchtigen können. Unruhig und nervös rutschte Zentralbank-Chefin Elwira Sachipsadowna Nabiullina deshalb auf ihrem Stuhl hin und her, als sie der Bevölkerung versichern wollte, die Versorgung mit Bargeld sei garantiert. Zwar gab es zeitweise einen Ansturm auf Bankautomaten und Konten, teilweise auch leere Geldterminals. Insgesamt gelang es der Zentralbank bislang aber, größere Ausfälle zu vermeiden. Die Situation könnte sich verschärfen, sollten die verfügbaren Rücklagen dahin schmelzen.

Hinzu kommt der dramatische Absturz des Rubel gegenüber anderen Währungen. Die Notenbank sah sich gezwungen, die Leitzinsen auf 20 Prozent zu erhöhen - ein Sprung von über zehn Prozentpunkten. Durch die Einschränkung ihrer Rücklagen und die gekappte Zusammenarbeit mit westlichen Notenbanken ist es für Moskau schwierig, auf den Finanzmärkten wirkungsvoll zu intervenieren und die Währung zu stützen. Lediglich die angeordneten Kapitalmarktkontrollen - etwa, dass Außenstände russischer Unternehmen an westliche Staaten in Rubel zu begleichen sind - konnte die Talfahrt der Währung etwas eindämmen. Allerdings hemmt das zusätzlich die Geschäftstätigkeit - denn russische Rubel möchte im Moment keiner haben.

Unter dem Strich gibt es also ein gemischtes Bild: Die Sanktionen sind so hart wie nie zuvor, aber sie sind teilweise nicht konsequent und geben Russland die Möglichkeit für viele Schlupflöcher. Wollte man das Land tatsächlich an seiner Achillesferse treffen, müsste man den Bezug von Gas- und Öl komplett einstellen, sagen Experten. Dadurch würde die Finanzierung des Krieges deutlich erschwert. Diese Maßnahme würde aber zu erheblichen Verwerfungen der westlichen Wirtschaft führen. Dazu sind derzeit die wenigsten bereit.

Zeit Online

Russland droht westlichen Firmen mit Enteignung

Als Reaktion auf den Überfall auf die Ukraine haben sich zahlreiche westliche Firmen aus Russland zurückgezogen. Die russischen Behörden drohen deshalb ausländischen Unternehmen mit Festnahmen von Verantwortlichen und der Beschlagnahmung von Vermögen. Russische Staatsanwälte hätten Unternehmen wie Coca-Cola, McDonald's,

Procter & Gamble und IBM kontaktiert und vor schweren Konsequenzen gewarnt, berichtete das Wall Street Journal.

Die russische Botschaft in den USA bezeichnete den Bericht als "reine Fiktion". Das Wall Street Journal berief sich auf mit der Angelegenheit vertraute Quellen. Demnach kontaktierten die Staatsanwälte die Firmen per Brief oder erschienen persönlich.

Präsident Wladimir Putin hatte sich bereits für die Ernennung „externer“ Direktoren an der Spitze dieser Unternehmen ausgesprochen, „um sie an diejenigen zu übergeben, die sie betreiben wollen“. Das Wort "Verstaatlichung" verwendete er allerdings nicht. Die russische Staatsanwaltschaft kündigte zudem eine "strenge Kontrolle" aller Unternehmen an, die ihre Geschäfte in Russland einstellen wollten.

Kreditwürdigkeit stark herunter gesetzt

Wegen der internationalen Sanktionen fällt Russlands Währung, der Rubel, derzeit stark im Kurs. Das Finanzministerium warnt nun, dass Zahlungen in Rubel erfolgen würden, wenn die westlichen Sanktionen die Banken daran hindern sollten, die Verbindlichkeiten mit Devisen zu begleichen. Dennoch dementiert der Finanzminister, Russland drohe die Zahlungsunfähigkeit. "Behauptungen, dass Russland seinen Zahlungsverpflichtungen bei den Staatsschulden nicht nachkommen kann, sind falsch", sagte Finanzminister Anton Siluanow. "Wir haben die notwendigen Mittel, um unsere Verpflichtungen zu bedienen."

Mehrere Ratingagenturen hatten ihre Bewertung für die Kreditwürdigkeit Russlands zuletzt stark herabgesetzt. Die Sanktionen stellten "einen großen Schock für Russlands Kreditgrundlagen dar und könnten die Bereitschaft zur Bedienung der Staatsschulden untergraben", begründete etwa Fitch das Vorgehen. "Die Sanktionen könnten auch Russlands Bereitschaft zur Rückzahlung von Schulden beeinträchtigen", warnte Fitch. Moody's erklärte, dass Umfang und Schwere der Sanktionen "über die ursprünglichen Erwartungen" hinausgingen.

Westliche Sanktionen nach dem Einmarsch in die Ukraine haben Russland von wichtigen Teilen der globalen Finanzmärkte abgeschnitten und die schwerste Wirtschaftskrise seit dem Zerfall der Sowjetunion 1991 ausgelöst. So wurden mehrere russische Banken vom internationalen Zahlungsnetzwerk Swift ausgeschlossen, wodurch es schwieriger wird, Geld außerhalb Russlands zu bewegen.

Zahlreiche Festnahmen

Derweil geht Russland weiter gegen die Zivilgesellschaft vor. Das Online-Netzwerk Instagram ist in Russland nicht mehr ohne Weiteres erreichbar. Die russische Medienaufsichtsbehörde Roskomnadsor führte Instagram am Montag in ihrer Liste der "eingeschränkten" Internet-Angebote auf. Mit Programmen zur verschlüsselten Kommunikation über sogenannte Virtuelle private Netzwerke (VPN) war Instagram noch erreichbar.

Die russischen Behörden hatten dem US-Mutterkonzern der in Russland äußerst beliebten Plattform vorgeworfen, Gewaltaufrufe gegen Russen zu tolerieren. Der Meta-Konzern, zu dem neben Instagram auch Facebook und Whatsapp gehören, hatte zuvor die Regeln gegen Hassnachrichten in Bezug auf das russische Militär und russische Politiker gelockert.

Bei landesweiten Demonstrationen sind nach Angaben von Aktivisten am Sonntag mehr als 800 Menschen festgenommen worden. Die Polizei habe in 37 Städten 817 Demonstranten in Gewahrsam genommen, teilte die Bürgerrechtsplattform OWD-Info mit. Auch mehrere Journalisten wurden in Gewahrsam genommen.

Das russische Innenministerium gab die Zahl von knapp Festnahmen wegen "verschiedener Verstöße gegen die öffentliche Ordnung" an. Laut OWD-Info gab es seit dem 24. Februar in Russland mehr als 14.800 Festnahme bei Kundgebungen gegen den Krieg mit der Ukraine.

NTV

Russland will Schulden in Rubel begleichen

Westliche Sanktionen lösen in Russland eine schwere Wirtschaftskrise aus. Nun droht das Finanzministerium, Schulden bei "unfreundlichen Staaten" mit dem abgestürzten Rubel zu begleichen. Ein entsprechendes Verfahren sei bereits genehmigt. Bezahlt werden soll zum Wechselkurs der russischen Zentralbank.

Russland droht mit der Tilgung von Fremdwährungsschulden mit dem stark abgewerteten Rubel. Das Finanzministerium hat nach eigenen Angaben ein vorübergehendes Verfahren zur Rückzahlung von Verbindlichkeiten genehmigt. Es warnte jedoch davor, dass Zahlungen an "unfreundliche Staaten" in der heimischen Währung Rubel erfolgen würden, wenn die westlichen Sanktionen wegen des Einmarsches in die Ukraine die Banken daran hindern sollten, die Verbindlichkeiten mit Devisen zu begleichen. Es werde nur zum Wechselkurs der russischen Zentralbank gezahlt.

„Behauptungen, dass Russland seinen Zahlungsverpflichtungen bei den Staatsschulden nicht nachkommen kann, sind falsch“, sagte Finanzminister Anton Siluanow in einer Erklärung. „Wir haben die notwendigen Mittel, um unsere Verpflichtungen zu bedienen.“ Die Regierung muss allein am Mittwoch 117 Millionen Dollar für zwei ihrer auf die US-Währung laufenden Anleihen an ihre Gläubiger zurückzahlen.

Westliche Sanktionen nach dem Einmarsch in die Ukraine haben Russland von wichtigen Teilen der globalen Finanzmärkte abgeschnitten und die schwerste Wirtschaftskrise seit dem Zerfall der Sowjetunion 1991 ausgelöst. So wurden mehrere russische Banken vom internationalen Zahlungsnetzwerk Swift ausgeschlossen, wodurch es schwieriger wird, Geld außerhalb Russlands zu bewegen. Der Staat verfüge aber über genügend Mittel, um seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, hieß es zugleich.

„Das Einfrieren der Fremdwährungskonten der Zentralbank und der Regierung kann als Wunsch mehrerer westlicher Länder angesehen werden, einen künstlichen Zahlungsausfall zu organisieren“, sagte Siluanow. Russland könne wegen der Sanktionen Finanzreserven im Wert von rund 300 Milliarden US-Dollar (274,5 Mrd Euro) derzeit nicht nutzen. Das ist nach Siluanows Angaben knapp die Hälfte der Reserven des Landes in Höhe von rund 640 Milliarden Dollar.

Mehrere Ratingagenturen hatten ihre Bewertung für die Kreditwürdigkeit Russlands zuletzt tief in den Ramsch-Bereich gedrückt. Die Sanktionen stellten "einen großen Schock für Russlands Kreditgrundlagen dar und könnten die Bereitschaft zur Bedienung der Staatsschulden untergraben", begründete etwa Fitch das Vorgehen. "Die Sanktionen könnten auch Russlands Bereitschaft zur Rückzahlung von Schulden beeinträchtigen", warnte Fitch. Moody's erklärte, dass Umfang und Schwere der Sanktionen "über die ursprünglichen Erwartungen" hinausgingen.

dpa:

Lidl und Kaufland bieten keine russischen Waren mehr an

Lidl und Kaufland lassen den Verkauf russischer Produkte vorerst auslaufen. Es seien insgesamt nur wenige Produkte, die in Russland produziert werden, in den deutschen Filialen erhältlich, teilte die Schwarz-Gruppe in Neckarsulm (Kreis Heilbronn) auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur mit. "Diese werden aktuell nicht nachbestellt. Bereits im Verkauf befindliche Ware wird nicht vernichtet und die restlichen Bestände werden bis auf weiteres abverkauft."

Ein Sprecher der Schwarz-Gruppe erklärte weiter, man biete ein breites nationales und internationales Sortiment an, das man ständig weiterentwickle, um den Erwartungen der gerecht zu werden. "Wir sind weder in der Ukraine noch in Russland mit eigenen Standorten vertreten."

Ähnliche Schritte hatten zuvor auch andere Lebensmittelhändler ergriffen. Rewe etwa hatte bereits am 1. März angekündigt, in Russland produzierte Artikel in allen Rewe- und Penny-Märkten auszulisten. Auch die vor allem in Norden und Osten Deutschlands vertretene Discountkette Netto hatte einen Boykott russischer Waren angekündigt. Aldi Süd und Aldi Nord hatten Schnaps aus Russland aus ihren Regalen genommen - andere Artikel aus Russland hatten die Discounter ohnehin nicht im Angebot. Edeka hat nach eigener Aussage bereits seit längerer Zeit keine aktiven, zentralen Geschäftsbeziehungen mit Russland mehr.

dpa:

Colgate-Palmolive schränkt Lieferungen nach Russland ein

New York (dpa) - Der Konsumgüter-Riese Colgate-Palmolive verkauft in Russland nur noch essenzielle Gesundheits- und Hygieneprodukte des täglichen Bedarfs. Die Lieferung aller

anderen Artikel sei eingestellt worden, teilte der US-Konzern am Freitag in einer Stellungnahme zum russischen Krieg in der Ukraine mit.

Zahlreiche westliche Unternehmen setzten ihr Geschäft in Russland bereits aus, darunter etwa Coca-Cola und McDonald's. Der Colgate-Palmolive-Rivale Unilever stoppte alle Lieferungen nach Russland, will aber weiter im Land selbst produzierte essenzielle Nahrungsmittel und Hygiene-Produkte verkaufen. Russland droht internationalen Unternehmen, die ihr Geschäft aussetzen, mit der Verstaatlichung ihres Eigentums im Land.

8. Meldungen zur ukrainischen Wirtschaft

Der ukrainische Energiekonzern DTEK bietet einen Newsletter an, der auch unter Kriegsbedingungen fortlaufend über die Lage auf dem ukrainischen Energiemarkt berichtet. Bei Interesse an dem englischsprachigen Dienst wenden Sie sich gerne an:

Iryna Zdorevska, International Public Affairs, Tel: +38 044 581 93 63, Mobil: +38 050 388 77 05, E-Mail: ZdorevskaIV@dtek.com, Web: www.dtek.com

9. Hilfsaktionen

#WirtschaftHilft

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt die Initiative [#WirtschaftHilft](#) der Spitzenverbände BDA, BDI, DIHK und ZDH, die am 10. März 2022 ins Leben gerufen wurde. Die Internetseite www.WirtschaftHilft.info dient als Informationsplattform für Unternehmen und Verbände sowie Hilfesuchende bei der Bewältigung der Folgen des Ukraine-Kriegs. Die Webseite bietet umfangreiche Informationen zu folgenden Themen:

- Hinweise zu bedarfsgerechtem Spenden;
- Unterstützung für deutsche Unternehmen;
- Sicherung des Geschäftsbetriebs und Auswirkungen auf Beschäftigungsverhältnisse sowie
- vorübergehende Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten.

Im Rahmen der Initiative [#WirtschaftHilft](#) veröffentlicht die GHA – German Health Alliance Hilfsgesuche und -angebote für die Ukraine im medizinischen Bereich. Bitte finden Sie die Webseite [hier](#).

Bei Fragen oder zur Weiterverbreitung relevanter Informationen zu Hilfsangeboten und Projekten Ihrerseits wenden Sie sich bitte an [Stefan Kägebein](#) und [Petya Hristova](#).

Jobangebote für Flüchtlinge aus der Ukraine

Der Ost-Ausschuss hat eine Koordinationsstelle eingerichtet, die dabei hilft, ukrainischen Flüchtlingen in Jobs bei deutschen Unternehmen in ganz Europa zu vermitteln.

Erste Jobangebot finden Sie auf unserer Webseite:
[Jobs \(gu-dp.com\)](#)

Sollten Sie sich mit Ihrem Unternehmen hieran beteiligen wollen, wenden Sie sich bitte an:
Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mitteleuropa im Ost-Ausschuss, Tel: 030-206167 138,
a.stadnicki@oa-ev.de

Unterkünfte für Flüchtlinge

Die Rotary-Clubs in Europa vermitteln Unterkünfte für Flüchtlinge:

Für Flüchtlinge: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>
Für Gastgeber: <https://forms.gle/S6PwsNRGQg8KMTqH6>



Hilfsangebote für Flüchtlinge aus der Ukraine

Auf diesen Internet-Seiten gibt es Hilfsangebote für ukrainische Flüchtlinge:

Unterkunft

Vermittlung von Unterkünften für mehrere Wochen: www.unterkunft-ukraine.de (Ukr/Rus)

Angebot der Rotary-Clubs europaweit: For Refugees: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>
For Hosts: <https://forms.gle/S6PwsNRGQg8KMTqH6>

Verkehr

- Kostenlose Bahnfahrt für Geflüchtete: <https://www.bahn.de/info/helpukraine>
- Mitfahrgelegenheit für Fahrer und die eine Fahrt suchen: <https://www.ukrainenow.org/refuge>

Angebote, Freiwillige

- Hilfsseite der Stadt Berlin: www.berlin.de/ukraine
- Hilfsmöglichkeiten für Freiwillige: <https://volunteer-planner.org>
- Organisation u.a. von Fahrten von Polen nach Deutschland, privaten Unterkünften in Berlin und weiteres: <https://linktr.ee/ukrainehelpberlin>
- Russische und ukrainische Telefonsorge: <https://www.diakonie-portal.de/themen/ehrenamt-freiwilligendienste/ehrenamt-und-engagement/telefon-doweria-telefon-doverija/>
- Hilfe für russischsprachige LGBTQ+-Menschen: <http://www.quarteera.de/>
- Freiwillige können sich eintragen für Übersetzungsangebote: <https://survey.lamapoll.de/Translators>
- Kostenlose Rechtsberatung: <https://www.rlc-berlin.org/>
- Ehrenamtliches Engagement: <https://www.pankow-hilft.de/>

Allgemeine Informationen

- Informationen für Flüchtlinge aus der Ukraine und ehrenamtlich Helfende: <https://www.berlin.de/laf/ankommen/fluechtlinge-aus-der-ukraine/>
- Allgemeine und rechtliche Fragen: <https://berlin-hilft.com/ukraine/>
- Handout für Ankommende in Berlin: <https://www.dropbox.com/s/qub0hc1i3602ubg/Handout%20Arrival%20Ukr-Berlin%20Eng-RU-UA.pdf?dl=0>
- Direkte Hilfen an den Bahnhöfen – Vernetzung über Telegramgruppen: <https://docs.google.com/spreadsheets/d/1r8sn0eh7iPdob4YlxuOsZ9InhQHm9AwcQF7WYQmcpa4/edit#gid=816090739>

Finanzsanktionen

Die Deutsche Bank hat eine Informationsseite zur Lage in Osteuropa erstellt, auf der sie Fragen zu den aktuellen Finanzsanktionen beantwortet. Mehr Informationen finden Sie unter den folgenden Links:

[Lage in Osteuropa: Wichtige Informationen für Unternehmen – Deutsche Bank \(deutsche-bank.de\)](#)

[Situation Russland-Ukraine: Auswirkungen auf Ihr Geschäft – Deutsche Bank \(deutsche-bank.de\)](#)

Lebensmittel

BMEL: Der Aufbau der Koordinationsstelle für Lebensmittelhilfen in die Ukraine läuft auf Hochtouren. Das Ministerium erstellt gerade Funktionsadressen, weitere Personalstellen sowie eine Internetseite, die spätestens Anfang nächster Woche verfügbar sein wird. Auch in der Aufbauphase dieser Plattform sind wir bereits aktiv und unterstützen nach Kräften einen effizienten Ablauf der ersten Hilfslieferungen. Sie können die Koordinierungsstelle kontaktieren unter: E-Mail: info@lebensmittelhilfe-ukraine.de. Die Telefonnummern werden in Kürze eingerichtet.

Medizinische Güter

Vorliegende Bedarfslisten der UA Seite wurden an die German Health Alliance weitergeleitet. Unternehmen können auf Grundlage dieser Liste lieferbare Produkte an die Ukrainische Botschaft in Berlin weiterleiten. Dort unterstützt man dann mit Logistik bis zur PL Grenze und in der Ukraine.

Kontakt: Petya Hristova, P.Hristova@oa-ev.de; Stefan Kägebein, S.Kaegelbein@oa-ev.de

Medizinische Güter

SPENDENAUFTRUF

Hilfe für die Bevölkerung der Ukraine / Koordinierte Vorgehensweise der Verbände der Arzneimittel- und Medizinprodukteindustrie sowie des Pharmazeutischen Großhandels

Mit großer Betroffenheit sehen wir das durch den russischen Angriffskrieg verursachte Leiden der Bevölkerung in der Ukraine. Viele Unternehmen engagieren sich bereits in privaten Hilfsprojekten, die es deutschlandweit gibt. Dies begrüßen wir sehr, und diese sollen auch weiter unterstützt werden.

Aufgrund des absehbaren großen Bedarfs an medizinischen Gütern aller Art erreichten uns allerdings zahlreiche Anfragen von Mitgliedsunternehmen, ob die Verbände die humanitäre Hilfe koordinieren können, um den Menschen im Kriegsgebiet bestmöglich zu helfen. **Hierzu haben sich die Verbände der Arzneimittel- und Medizinproduktehersteller und des pharmazeutischen Großhandels in den letzten Tagen abgestimmt und bieten Unterstützung bei der Erbringung von Hilfsleistungen an.** Die besondere Herausforderung besteht dabei darin, gespendete Arzneimittel und Medizinprodukte unter den dynamischen Bedingungen eines laufenden Krieges zu den Betroffenen in die Ukraine zu bringen.

Um dies zu gewährleisten, arbeiten die Verbände mit dem [Deutschen Medikamenten-Hilfswerk action medeor e.V. \(action medeor\)](#) zusammen. Action medeor ist auf die Lieferung medizinischer Güter in Katastrophengebiete spezialisiert und verfügt über zuverlässige Partner in der Ukraine. Die Hilfsorganisation übernimmt selbst den Transport in die Ukraine, ihre Partner die Verteilung innerhalb des Landes, medeor konzentriert sich derzeit auf die Deckung eines großvolumigen Bedarfs in der Ukraine und bittet um Spenden in größerem Umfang.

Um eine schnelle und effiziente Hilfe für die Menschen in der Ukraine zu gewährleisten, haben die Verbände die folgende Vorgehensweise abgestimmt:

Von Seiten der Ukraine wurde der Europäischen Kommission eine Liste benötigter medizinischer Güter zur Verfügung gestellt, die die Grundlage für Spenden sein sollte. Der Verband des pharmazeutischen Großhandels hat diese Liste mit den Pharmazentralnummern (PZN) der benötigten Arzneimittel und Medizinprodukte verknüpft und aktualisiert diese regelmäßig.

[Sachspenden](#), idealerweise palettenweise, sollten medeor mitgeteilt werden. Ansprechpartnerin ist Frau Noelia Martinez (Telefon: 02156 9788-144, E-Mail: ukraine@medeor.de).

Im Gespräch mit den Hilfsorganisationen können die Details der Lieferung oder Abholung der Spenden geklärt werden.

Medeor übernimmt die notwendigen Formalitäten (u.a. Zollformulare), bittet jedoch darum, dass gespendete verschreibungspflichtige Arzneimittel im Fälschungsschutzsystem ausgebucht werden.

Bei großen Spenden medizinischer Güter (30 Paletten = 1 LKW-Ladung) kann die Spende direkt am Lager des Unternehmens vom ukrainischen Partner von action medeor abgeholt und in die Ukraine transportiert werden.

Mit der Spende von medizinischen Gütern und deren Verbringung außerhalb der Europäischen Union verbinden sich einige rechtliche Fragestellungen.

In Bezug auf Betäubungsmittel hat das Bundesministerium für Gesundheit am 6. März 2022 mit einer Allgemeinverfügung den Export in die Ukraine gestattet. Damit dürfen Hilfsorganisationen Betäubungsmittel ohne Ausfuhrgenehmigungen in die Ukraine und angrenzende EU-Mitgliedstaaten ausführen. Die Hilfsorganisationen müssen allerdings vorab der Bundesopiumstelle beim BfArM die Art, Menge und Herkunft der Betäubungsmittel mitteilen. In der Verfügung des BMG wird ferner klargestellt, dass Arzneimittel, die keine Betäubungsmittel sind, keiner Ausfuhrgenehmigung bedürfen; dies gilt auch für Medizinprodukte.

Mit Blick auf weitere Rechtsfragen regen die Verbände an, vor den jeweiligen Spenden Rücksprache mit den zuständigen Überwachungsbehörden zu nehmen.

Für Rückfragen stehen Ihnen die Ansprechpartner der Verbände gerne zur Verfügung.

Selbstverständlich sind bei [action medeor](#), ebenso wie bei anderen Hilfsorganisationen, wie z.B. dem [Deutschen Roten Kreuz](#), auch Geldspenden willkommen.

Energiewirtschaft

Die energiewirtschaftlichen Verbände BDEW und VKU stehen mit BMWK und GIZ im Austausch zur Koordination von Unterstützung aufgrund von Hilfersuchen ukrainischer Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft. Die beiden Verbände haben hierzu eine Koordinierungsstelle gebildet. Ansprechbar sind Annika Herzhoff, Fachgebietsleiterin (herzhoff@vku.de, 030 58580 389), Nadine Gerks, Bereichsleiterin (gerks@vku.de, 030 58580 170) und Dr. Jörg Rehberg, Fachgebietsleiter (joerg.rehberg@bdew.de, 030 300 199-1211). BG, Alexander Götz (VKU)

Ukrainische Regierung

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskiy hat per Erlass eine Koordinationszentrale für humanitäre und soziale Angelegenheiten eingerichtet.

Die Zentrale auf drei Bereiche:

- humanitäre Hilfe von ausländischen Regierungen und internationalen Organisationen;
- Unterstützung der Militärverwaltungen und Gemeinden durch große ukrainische Unternehmen, ausländische Firmen und Ausländer;
- Unterstützung durch die Behörden auf Ersuchen der Militärverwaltungen und Gemeinden.

Internationale Organisationen, ausländische Unternehmen und Ausländer, bitte senden Sie Ihre Vorschläge zur Unterstützung hier:
iwanttohelpukrainians@gmail.com

Auf folgenden gemeinsamen Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses
möchten wir hinweisen:

Deutsche Wirtschaft hilft der Ukraine in diesen schweren Stunden!

Sehr geehrte Damen und Herren – Vertreter aus Wirtschaft, Kultur,
Zivilgesellschaft in Deutschland und der gesamten Welt!

In diesen dunklen Tagen – der Bundeskanzler Deutschlands Olaf Scholz sprach
von einer „Zeitenwende“ – ist es an der Zeit, dass die freie Welt die Menschen
in der Ukraine unterstützt.

Das Deutsch-Ukrainische Forum, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
und die Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer rufen Sie auf, sich
an der Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere
Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen.

Jetzt im Krieg ist die Not besonders groß. Viele Ukrainer sind auf der Flucht
oder zuhause von Versorgung abgeschnitten.

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das
Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen
Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das
Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,
BIC: BFSWDE33XXX
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00
Bank für Sozialwirtschaft
Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

Rotary hilft.



Wer Flüchtlingen aus der Ukraine eine Unterkunft geben kann schreibt an **info@rotary-platz-der-republik.berlin** eine Nachricht mit folgenden Angaben:

- 1. Country -**
- 2. Name -**
- 3. City/town -**
- 4. Phone number (für WhatsApp?) -**
- 5. Amount of people I can host -**
- 6. For how long I can host -**
- 7. What I can offer in addition -**

Wahlweise PN auf Facebook/Insta/LinkedIn oder per WhatsApp an: +4917663332850.

@ROTARY.PLATZDERREPUBLIK

Weitere Links von Initiativen:

Eine umfangreiche Vernetzungsseite der Ukraine Hilfe mit zahlreichen Beteiligungsmöglichkeiten finden Sie hier:

[@ukrainehelpberlin | Linktree](#)

[#StandWithUkraine – MitOst](#)

[Real ways you can help Ukraine as a foreigner \(supportukrainenow.org\)](https://supportukrainenow.org)

Andreas Metz

Leiter Public Affairs | Director of Public Affairs

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

German Eastern Business Association

Postanschrift (Postal Address) | Breite Str. 29, 10178 Berlin

Besucheradresse (Visiting Address) | Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

T. +49 30 206167-120 | A.Metz@oa-ev.de

[Website](#) | [Newsletter](#) | [Disclaimer](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)

